

## Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

## Protokoll

der 4./5. Sitzung, Dienstag/Mittwoch, 22./23. Oktober 2019, 19.00 Uhr, Pfaffechappe

<b>Behandelte Traktanden</b>	<b>Seite</b>
1. Inpflichtnahme	5
2. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse	6
3. Jahresziele 2020 des Stadtrats (39/19)	7
4. Gesamtbudget 2020 mit Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2029	13
5. APK Aargauische Pensionskasse; Massnahmen zur Abfederung der Senkung des Umwandlungssatzes von 5.9% auf 5.3%; Erhöhung der Sparbeiträge; Verpflichtungskredit (41/19)	30
6. Schulanlage Burghalde; Wettbewerb und Planung Sanierung Burghalde 1; Kostenverschiebung und Zusatzkredit (42/19)	36
7. Postulat Michael Staubli und Nadia Omar vom 13. Dezember 2017 betreffend Begegnungszone Bahnhofstrasse (18/18); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	40
8. Postulat Gian von Planta vom 6. Mai 2019 betreffend Wert der Beteiligung an der Stadtcasino Baden AG (27/19); Antrag auf Nichtüberweisung	42
9. Anfrage Mark Füllemann vom 9. Mai 2019 betreffend Personalreglement und Lohnkonzept	44
10. Anfrage Mark Füllemann vom 8. April 2019 betreffend Sauberkeit und Sicherheit im Kurpark (17/19)	45
11. Anfrage Barbara Bircher vom 27. Mai 2019 betreffend Massnahmen Agglomerationsprogramm Aargau Ost 4. Generation; Antwort	46
12. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse (46/19); Antrag auf Überweisung	48

Vorsitz: Karin Bächli  
Protokoll: Heinz Kubli, Stadtschreiber  
Stimmzählende: Margreth Stammbach  
Thomi Bräm

22. Oktober 2019:

Anwesend: 46 Mitglieder des Einwohnerrats  
7 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Benedetta Amato, Leiterin Personal  
Thomas Böhm, Leiter Dienste  
Martin Brönnimann, Leiter Öffentliche Sicherheit  
Thomas Bumbacher, Leiter Finanzen  
Alexander Carisch, Leiter Stadtentwicklung  
Brigitte Caviezel, Präsidentin Schulpflege  
Albert Conrad, Leiter Zivilstandskreis  
Andres Greter, Sportkoordinator  
Yvonne Haller, Leiterin Stadtbüro  
Astrid Hellbach, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei  
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation  
Martin Koch, Leiter Tiefbau  
Thomas Lütolf, Leiter Standortförderung  
David Müller, Leiter Gesellschaft  
Patrick Nöthiger, Leiter Kultur  
Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule  
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau  
Manfred Schätti, Leiter Immobilien  
Curdin Schmid, Lernender Stadtkanzlei  
Astrid Thommen, Administration Stadtammann  
Christian Villiger, Verwaltungsleiter  
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Adrian Gräub  
Stefanie Heimgartner  
Bruno Knörr  
Karim Twerenbold

23. Oktober 2018:

Anwesend: 43 Mitglieder des Einwohnerrats  
7 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Benedetta Amato, Leiterin Personal  
Thomas Böhm, Leiter Dienste  
Thomas Bumbacher, Leiter Finanzen  
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation  
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau  
Astrid Thommen, Administration Stadtmann  
Christian Villiger, Verwaltungsleiter  
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Romina Ettisberger  
Esther Frischknecht  
Adrian Gräub  
Stefanie Heimgartner  
Bruno Knörr  
Susanne Slavicek  
Steven Van Petegem

Die Beschlüsse gemäss den Ziffern 3, 4, 5 und 6.2 unterstehen dem fakultativen Referendum. Sie sind einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

## **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Herzlich Willkommen zur Einwohnerratssitzung.

Adrian Gräub, Bruno Knörr und Karim Twerenbold haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Marco Sandmeier und seine Frau sind im Spital für die Geburt ihr zweiten Kindes. Ich heisse Heinz Kubli als seinen Stellvertreter willkommen.

## **Mitteilungen**

Ich gratuliere Iva Marelli und Fritz Bosshardt zur Hochzeit. Herzliche Gratulation zur Hochzeit auch an Sarah Wiederkehr.

Beatrice Bürgler tritt per Ende Jahr aus dem Einwohnerrat und der Strategiekommission zurück. Die Ersatzwahl für ein Mitglied der Strategiekommission findet an der Dezember-Sitzung statt. Peter Conrad hat ebenfalls ein Rücktrittsschreiben eingereicht. Er tritt per heutige Sitzung aus dem Einwohnerrat und aus der Finanzkommission zurück. Die Ersatzwahl für ein Mitglied der Finanzkommission findet ebenfalls an der Dezember-Sitzung statt. Peter Conrad wird am Ende dieser Sitzung verabschiedet.

Marco Sandmeier hat dem Einwohnerrat die Ergebnisse der Zufriedenheitsumfrage zugestellt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an ihn oder an mich. Aus den Rückmeldungen der Umfrage ist der Wunsch ersichtlich, dass die Sitzungen des Einwohnerrats nicht zu lange dauern. Deshalb werde ich die heutige Sitzung ca. um 22.00 Uhr abschliessen.

## **Neueingänge seit der letzten Sitzung**

- Postulat Benjamin Steiner vom 29. August 2019 betreffend Koordination von Verkehrsprojekten auf Kantonsstrassen (42/19)
- Anfrage Antonia Stutz und Mitunterzeichnende vom 30. August 2019 betreffend Vergabe Externer Dienstleistungen (37/19)
- Anfrage Selena Rhinisperger vom 2. September 2019 betreffend Kameraüberwachung in Baden (43/19)
- Anfrage Gian von Planta vom 13. September 2019 betreffend Situation und weiteres Vorgehen bezüglich Informatik-Zusammenarbeit Aarau Baden (44/19)
- Anfrage Christine Tompkin vom 23. September 2019 betreffend 5G-Mobilfunkantennen in Baden (45/19)
- Dringliches Postulat Daniel Glanzmann vom 27. September 2019 betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse (46/19)
- Anfrage Corinne Schmidlin vom 29. September 2019 betreffend Klimaverträglichkeit der Investitionen der städtischen Pensionskassengelder (47/19)

- Motion Alex Berger vom 1. Oktober 2019 betreffend zeitgemässe flächendeckende Bewirtschaftung öffentliche Parkplätze (48/19)
- Postulat Margreth Stammbach vom 16. Oktober 2019 betreffend Baden wird "Fair Trade Town" (51/19)
- Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend rollstuhlgängige Passerelle vom Bahnhof Oberstadt zum KV Baden (49/19)
- Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend Begegnungszone beim AZ-Hochhaus (50/19)

Seit der letzten Sitzung ist die Anfrage Barbara Bircher vom 27. Mai 2019 betreffend Massnahmen Agglomerationsprogramm Aargau Ost 4. Generation (28/19), welche heute traktandiert ist, beantwortet worden. Ebenfalls beantwortet wurde die Anfrage Sarah Wiederkehr vom 14. Juni 2019 betreffend weitere Schritte Prüfung Gemeindefusion mit Turgi (29/19).

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. August 2019 wurde online publiziert. Zum Protokoll sind keine Einwände eingegangen. Somit ist das Protokoll genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten.

## **1. Inpflichtnahme**

Peter Berger ist vom Einwohnerrat zurückgetreten. Fabian Hummel wird neu in den Einwohnerrat eintreten. Ich bitte ihn für die Inpflichtnahme nach vorne zu treten und alle, auch die Gäste auf der Tribüne, sich zu erheben. Stadtschreiber Heinz Kubli wird die Gelöbnisformel vorlesen. Ich bitte Fabian Hummel, das Gelöbnis zu bestätigen, indem er sagt: "Ich gelobe es."

### **Heinz Kubli, Stadtschreiber**

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

### **Fabian Hummel**

Ich gelobe es.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Mit dem Gelöbnis ist Fabian Hummel Mitglied des Einwohnerrats. Ich wünsche ihm viel Freude und Ausdauer in diesem Amt.

## **2. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse**

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Wir werden zuerst über die Dringlichkeit des Postulats diskutieren und abstimmen. Bei einem Ja zur Dringlichkeit werden wir am Schluss der Sitzung betreffend Überweisung oder Nichtüberweisung diskutieren und abstimmen.

### **Daniel Glanzmann**

Ab 9. Dezember 2019 fahren definitiv keine Busse mehr durch die Weite Gasse. Da dieses Datum in die Adventszeit fällt, werden sich sicherlich mehr Leute in der Mitte der Gasse aufhalten. Für mich ist die Weite Gasse einer der schönsten Orte in Baden. Man sollte der Gasse als Bewegungs- und Aufenthaltsraum Sorge tragen. Auch ältere Leute, welche vielleicht nicht mehr so schnell reagieren können, sollen sich dort aufhalten können. Familien mit bewegungsfreudigen Kindern sollten sich auch wohlfühlen. Problematisch sind Velofahrende, die relativ schnell durch die Weite Gasse fahren. Bevor sich Unfälle ereignen, sollte man die Sicherheit prüfen. Ich bin der Ansicht, dass man erste, einfache Massnahmen ergreifen sollte. Man muss die Leute dazu motivieren, in der Weiten Gasse langsamer zu fahren. Dazu braucht es meiner Meinung nach keine Polizei. Da das Problem möglichst schnell gelöst werden sollte, ist das Postulat dringlich.

### **Stefanie Kessler**

Die SP ist dafür, das Postulat zu überweisen und zu prüfen, wie man Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger in der Weiten Gasse aneinander vorbeibringt. Eine Dringlichkeit ist aus unserer Sicht nicht gegeben. Wir werden dieser deshalb nicht zustimmen. Wir wünschen uns grundsätzlich, dass bewusst und sorgfältig mit der Bezeichnung "Dringlichkeit" umgegangen wird.

### **Benjamin Steiner**

Für uns ist das Postulat auch nicht dringlich. Es geht auf den Winter zu. Die Situation – so gravierend sie auch sein mag – wird sich in den nächsten Monaten eher entschärfen. Aber, sofern der Stadtrat nichts dagegen hat, stimmen wir der Dringlichkeit trotzdem zu. Wenn schon mal ein Velo-Thema so hoch oben auf der Prioritätenliste der SVP steht, wollen wir es auf keinen Fall bremsen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Der Stadtrat ist der Ansicht, man solle das Postulat dringlich erklären, sodass die Antwort an der Januar-Sitzung unterbreitet werden kann. Wir sollten auf den Frühling, wenn die Gartenwirtschaften wieder geöffnet sein werden, Antworten bereit haben.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Für die Dringlichkeit braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit.

## **Beschluss**

Das Postulat Daniel Glanzmann wird als dringlich erklärt und am Schluss der Einwohnerrats-sitzung behandelt.

### **3. Jahresziele 2020 des Stadtrats (39/19)**

#### **Beatrice Bürgler, Präsidentin Strategiekommision**

Die Jahresziele 2020 wurden bereits an der vorletzten Sitzung der Strategiekommision am 15. August 2019 diskutiert. Der zeitliche Vorlauf wurde von der Strategiekommision gewünscht. Er macht Sinn, weil so Rückmeldungen in die Vorlage einfließen können. Es soll auch in Zukunft so gehandhabt werden.

Wir haben an der August-Sitzung mit Markus Schneider die Jahresziele detailliert besprochen. Die Strategiekommision erachtet die Jahresziele als klar formuliert und nachvollziehbar und empfiehlt, sie zu genehmigen. Die Jahresziele sind nachvollziehbar aus den Legislaturzielen abgeleitet, klar formuliert und bezüglich ihrer Stossrichtung sinnvoll. Die Formulierung der Indikatoren ist klarer als in den Vorjahren, was die Strategiekommision positiv wertet, weil damit auch eine bessere Überprüfung der Jahresziele ermöglicht wird. Inhaltlich möchte die Strategiekommision insbesondere die Bedeutung der mit dem runden Tisch von letzter Woche bereits angestossenen Diskussion mit den Nachbargemeinden bezüglich Regionalstadt hervorheben. Die Strategiekommision begrüsst es, dass die Stadt Baden, wie in den Legislaturzielen vorgesehen, den Lead übernimmt und vorwärts macht.

#### **Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommision**

Die Finanzkommision hat sich mit dem Ziel 5.2, dem finanzpolitischen Ziel, beschäftigt.

Kurz zusammengefasst: Die Finanzkommision ist nicht begeistert. Der Stadtrat hat dieses Jahr die langfristigen Massnahmen aus der Budgetkommision erarbeitet und geprüft. Nächstes Jahr wird er die Massnahmen festlegen. Das ist ein ziemlich "gemütliches" Tempo. Die Finanzkommision erwartet nächstes Jahr klare Resultate, welche sich im Budget 2021 und insbesondere auch in der Finanzplanung, die uns nächstes Jahr vorgelegt wird, niederschlagen.

Die Finanzkommision empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich und ohne Begeisterung, den Jahreszielen zuzustimmen.

#### **Barbara Bircher**

"Ordentlich" oder "Da wäre mehr dringlegen." pflegte meine Mutter zu sagen, als ich früher im anderen Teil dieses Hauses zur Schule ging und eine Prüfung nach Hause brachte. Es ist kein Zufall, dass ich mich ausgerechnet an diese beiden qualifizierenden Bemerkungen erinnere, wenn es um die Jahresziele 2020 geht. Sie sind aus Sicht der SP-Fraktion nicht weltbewegend. Sie sind nicht schlecht und erschrecken niemanden, aber sie ragen auch nicht heraus. Es wird mehr verwaltet als gestaltet.

Zum Jahresziel 1, Bädargebiet:

Es ist schön, dass die Stadt unterstützt und kommuniziert und ein Eröffnungsfest organisieren will. Wir feiern alle gerne. Wir sind Badenerinnen und Badener! Wir würden es jedoch vorziehen, wenn der Stadtrat sich um den zusätzlichen Verkehr in den Bädern Gedanken machen würde, sodass die Bewohnerinnen und Bewohner des Römerquartiers möglichst nicht darunter leiden müssen. Es scheint uns, dass man sich ein wenig um das Umsetzen kreativer Verkehrsmassnahmen drücken will, indem man sagt, es ginge dann schon irgendwie.

Zum Jahresziel 3, Regionale Zusammenarbeit:

Dazu werde ich nach der Bemerkung zum Jahresziel 4 etwas sagen.

Zum Jahresziel 4, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Digitalisierung:

Wir von der SP verstehen unter "Erarbeiten eines gemeinsamen Verständnisses" etwas mehr als eine 20-minütige Info-Veranstaltung. Wir denken eher an einen partizipativen Prozess oder zumindest an einen Austausch, an dem beide Gesprächspartner teilnehmen. Deshalb sind wir auf das weitere Vorgehen (Jahresziel 2020), in dem das Wort "Partner" vorkommt, sehr gespannt. Es kann nur besser werden.

Zurück zum Jahresziel 3, Regionale Zusammenarbeit:

In diesem Sinne freuen wir uns, dass das erste Treffen nach dem ersten Runden Tisch zur Überprüfung der Zusammenarbeit "Fusion Agglomerationsgemeinden Baden" schon auf das erste Quartal 2020 festgelegt werden konnte. Wir hoffen, dass es nicht nur beim einem Treffen bleiben und der Prozess partizipativ sein wird.

Jahresziel 5.2, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Finanzen:

Hier stört uns, dass wir dem Jahresziel zwar zustimmen oder nicht zustimmen dürfen, aber gemäss den Spielregeln nur die Mitglieder der Finanzkommission die Massnahmen kennen. Die entsprechenden Listen werden den anderen nicht gesandt. Es handelt sich um Massnahmen, welche damals in der Budgetkommission diskutiert worden sind. Sie wurden noch nicht umgesetzt, weil sie weiterer Abklärungen betreffend Umsetzbarkeit, Kostenwirkung, Auswirkung auf andere Bereiche usw. bedürfen. Sie werden in der Finanzkommission diskutiert, der Gesamteinwohnerrat wird informiert, und der Stadtrat entscheidet. Das ist in unseren Augen nicht wirklich transparent. Wir haben selbstverständlich Vertrauen in unsere beiden Vertreter der Finanzkommission, hätten sie jedoch gerne selber geprüft und beurteilt.

Der andere Punkt betrifft die Budgetkommission selber. Die Budgetkommission war eine gute Kompromisslösung für das Budget 2019. Sie als Referenz und sogar als Strategie zu bemühen, scheint uns jedoch recht einfach. Ordentlich eben, aber nicht visionär.

Wir genehmigen die Jahresziele 2020, ohne grosse Begeisterung.

### **Sarah Wiederkehr**

"Alle haben nur eines im Sinn: Einer trüben Stimmung zu entfliehen, Fröhlichkeit zu suchen, an nichts Gedanken zu verschwenden ausser, wie sie heiter dahinleben, wie sie die Freuden geniessen. Nicht darum, gemeinsames Gut zu verteilen, geht es hier, sondern darum, Gemeingut werden zu lassen, was verteilt ist."



Vielleicht kennen die einen oder anderen das Zitat von Poggio Bracciolini vom 18. Mai 1416. Der Neubau der Bäder ist für uns ein Jahrhundertereignis. Wir freuen uns darauf, dass der Stadtrat im nächsten Jahr einerseits ausgewählte Projekte im Bäderquartier umsetzen und andererseits ein lebendiges Bäderfest aufgleisen will. Wir erwarten, dass die Chance der Bädereröffnung für die überregionale Vermarktung unseres Alleinstellungsmerkmals genutzt wird. Auf dem Weg dorthin möchten wir allen Beteiligten, den Mut in Bezug auf Kommunikation mit auf den Weg geben, sei es über Social Media oder vor Ort. Wir wünschen uns eine aktive Kommunikation mit viel "Pfiff" und ein bisschen Nachdruck, sodass jeder in Baden auf die Idee wie unser Freund Poggio Bracciolini "Venus sei von Zypern mit allem, was es auf der Welt an Lustbarkeiten gibt, hierher zu diesen Bädern gepilgert." kommen könnte. Baden soll zur Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden als starken Wirtschaftsstandort zwischen dem Raum Zürich und dem Zukunftsraum Aarau wahrgenommen werden. Man erwartet ein entsprechendes politisches Gewicht und Stimmen, sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene. Die gestärkte Position soll auch in unterschiedlichen Bereichen genutzt werden. Dazu gehört auch der nachdrückliche und kompromisslose Einsatz für eine direkte Zugverbindung nach Bern, Basel und Zürich Hauptbahnhof und Flughafen.

Der Stadtrat hat in der Beantwortung meiner Anfrage in Bezug auf die weiteren Schritte zur Gewichtung der Gemeindefusion mit Turgi das Treffen der interessierten Gemeinden von Baden Regio vom 17. Oktober angekündigt. Wir haben der gestrigen Pressemitteilung entnommen, dass das Treffen stattgefunden hat und dass die einzelnen Vertreter dieser Gemeinden die diskutierten Informationen mit nach Hause nehmen und dort weitergeben werden. Wir unterstützen den Ansatz des Stadtrats, die vorbereitete Partnerschaft schrittweise und ergebnisoffen anzugehen und die Bevölkerung frühzeitig einzubeziehen. Vielleicht wird man aus den vergangenen Fehlern lernen.

Ich bedanke mich für die Präsentation betreffend Digitalisierung. Wir möchten den Beteiligten Mut machen, zukunftsorientierte Lösungen anzustreben.

Das Jahr 2020 verspricht viele tolle Chancen und wegweisende Projekte. Wir möchten sie gemeinsam anpacken und die Chancen miteinander ergreifen.

Zum Abschluss noch ein Zitat aus dem gleichen Brief:

"Gar oft beneide ich die Leute hier um ihre Ruhe und verfluche die Verkehrtheit unserer Gesinnung, die wir immer etwas zu gewinnen suchen, immer auf etwas aus sind, die wir Himmel, Erde und Meer durchwühlen, um Geld aus ihnen herauszuklauben – mit keinem Erwerb zufrieden, von keinem Gewinn gesättigt. Während wir erschauern vor künftigen Katastrophen, schlagen wir uns mit unserem nie abreisenden Unglück und unseren Ängsten herum, und im Bemühen, nicht ins Unglück zu geraten, hören wir nie auf, unglücklich zu sein: Immerzu lechzen wir in unersättlicher Gier nach materiellen Gütern und widmen uns niemals unserem Gemüt, niemals unserem Körper. Die Leute hier jedoch leben, mit wenig zufrieden, in den Tag hinein, feiern Festtage, wie es ihnen beliebt, ohne auf ganz und gar nutzlose Reichtümer aus zu sein, freuen sich an dem, was sie haben, erschauern nicht vor Zukünftigen; wenn ihnen etwas Widriges widerfährt, tragen sie es mit Gelassenheit. So macht sie reich allein der Spruch "Solange er lebte, hat er gut gelebt".

## **Michael Staubli**

Die Grünen Baden haben mit Spannung die Jahresziele 2020 erwartet. Letztes Jahr waren wir enttäuscht über die Ausarbeitung der Jahresziele. Gemessen an den visionsarmen Legislaturzielen und an den dürftigen Jahreszielen 2019, waren wir mit den Jahreszielen 2020 zufrieden. Die Jahresziele 2020 sind konkreter und realistischer gesetzt, klar und prägnant formuliert und zeigen klar auf, was der Stadtrat anstrebt. Die gewählten Indikatoren sind im Vergleich zu den letzten Jahreszielen schlüssig, treffend, klar, meistens eindeutig und vor allem messbar, was sehr wichtig ist.

Es freut uns besonders, dass das Ziel 2.1 jetzt konkrete Formen annimmt. Bei Projekten, wie der Naschpark, werden Ideen aufgenommen, welche soziokulturelle Anliegen berücksichtigen, was wir als positiv bewerten. Wir begrüßen es, dass die Jahresziele vorgängig der Strategiekommision, und falls relevant, der Finanzkommission vorgelegt worden sind, sodass die Gremien Stellung nehmen konnten. Dies könnte ein erster Schritt zu einem partizipativen Erstellen der Ziele sein.

## **Luca Wälty**

Das team baden hat die Jahresziele geprüft und gutgeheissen. Wir machen dem Stadtrat ein Kompliment. Die Ziele sind formell besser verfasst als letztes Jahr. Sie haben eine Verbindung zu den Legislaturzielen, stimmen inhaltlich überein, und sind so gesetzt, dass sie in 1 ½ Jahren erreicht werden. Inhaltlich steht das team baden den Jahreszielen nach wie vor kritisch gegenüber. Aus Sicht des team baden wurden die falschen Prioritäten gesetzt. Wir finden es toll, wenn der Stadtrat ein Bäderfest organisiert. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es wirklich Aufgabe des Stadtrats ist.

Wenn Jugendliche am Wochenende ein Fest in öffentlichen Räumen organisieren, ist das ein Dorn im Auge des Stadtrats. Videoüberwachung (mit oder ohne Erlaubnis), grossangelegte Polizeikontrollen und City Patrols werden aufgeboten, um dem Geschehen Einhalt zu gebieten. Das team baden ist überzeugt ist, dass die falschen Ziele gesetzt worden sind.

## **Fabian Hummel**

Die glp unterstützt die Jahresziele 2020. Sie sind an den Legislaturzielen angelehnt. Die Tatsache, dass einige Indikatoren nicht eindeutig gesetzt worden sind, macht in diesem Fall Sinn.

## **Adrian Humbel**

Die FDP wird grossmehrheitlich den Jahreszielen 2020 zustimmen. Sie haben sich gegenüber dem letzten Jahr verbessert. Wir finden es richtig, sich auf ein paar wenige Ziele zu konzentrieren und dafür die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Es tönt mitunter nach Pendenzenliste – erledigt oder nicht erledigt! Es wäre besser gewesen, eine herausfordernde klare Zielsetzung zu formulieren. Ein Beispiel dafür ist "Ausgewählte Projektskizzen werden umgesetzt." Was sind das für Projektskizzen? Hat der Einwohnerrat sie jemals gesehen? Wurde über die Auswahl entschieden? Ich persönlich habe keine gesehen.

Ein weiterer Punkt ist: "Das Bäderfest ist aufgegleist." Die FDP stellt sich auch die Frage, ob es überhaupt Aufgabe der Stadt Baden ist, ein Fest zu organisieren. Was soll das für ein Bäderfest werden? Wir hätten eher eine Formulierung gewählt, wie z.B.: "Mit einem fulminanten Fest wer-

den die neuen Bäder mit der Bevölkerung eingeweiht und gefeiert. Organisation und Finanzierung sind geklärt." Das wäre für mich ein gut formuliertes Jahresziel.

Wir erwarten vom Stadtrat für die nächsten Jahresziele etwas mehr Biss, etwas mehr Emotionen, mehr Messbarkeit und Visionen.

### **Mark Füllemann**

Eine kleine Besserung ist erfolgt. Die Jahresziele 2020 sind mit den Jahreszielen 2019 verknüpft.

Das Jahresziel 2 beruht auf einer 2020 zu treffenden Entscheidung über die Zugänglichkeit zur städtischen Infrastruktur. Die Frage an den Stadtrat lautet: Wann wird die Entscheidung getroffen? Vor der Entscheidung können wir das Jahresziel 2020 nicht erfüllen.

Ich habe beim Jahresziel 2 mit Erstaunen festgestellt, dass ich zum ersten Mal in meiner politischen Laufbahn mit Barbara Bircher einig bin. Das, was Herr Stoeri gesagt hat, ist "JEKAMI". "Integratives Konzept für fortschrittliche Städte". Ich frage den Stadtrat, wann der Einwohnerrat über die Strategie für die Smart City diskutieren kann?

Das Jahresziel 6 "Entscheidung Führungsmodell liegt vor." ist Bedingung, damit man das Ziel umsetzen kann. Die Frage an den Stadtrat lautet: Wann entscheiden Sie über das Führungsmodell, damit wir befinden können, ob das Jahresziel überhaupt realistisch ist? Wie Barbara Bircher erwähnt hat, benötigen wir diesbezüglich noch Details.

Das andere Thema betrifft das Budget 2020: Wir erhalten alle das Produktbudget. Dank Christian Villiger habe ich auch das Zahlenmodell erhalten, d.h. das Gesamtbudget. Ein "Chefbeamter" der Stadtverwaltung erklärte mir, ich hätte als Einwohnerrat kein Recht, die Details der Verwaltung einzusehen. Ich sollte nur strategisch denken. Wenn das die Politik der Stadt ist, dann gute Nacht!

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Die Aufnahme der Jahresziele ist unterschiedlich ausgefallen: Vernichtend bis lobend! Ich finde es nicht einmal so schlecht. So kann man eine mehrheitsfähige Lösung erreichen.

Zum Votum von Mark Füllemann:

"Jahresziele sind bis Ende Jahr zu erledigen." Das betrifft sowohl die Führungsmodelle als auch die Smart-City-Strategie. Wir haben die Entscheidungen entweder bereits gefällt, aber noch nicht vorgelegt, oder sie werden bis Ende Jahr gefällt werden.

Das Zahlenmodell unterliegt einer langjährigen Spielregel. Der Zahlenteil wird Mitgliedern der Finanzkommission vorgelegt, nicht aber denjenigen des Einwohnerrats. Als Mitglied der Finanzkommission erhielt Mark Füllemann den Zahlenteil; heute müsste er ihn bei einem anderen Mitglied der Finanzkommission einsehen. Wir haben zurzeit keinen Grund, dies zu ändern.

Mir gefällt die Formulierung von Adrian Humbel zum Bäderfest auch besser als unsere. Die Bäder werden 2021 eröffnet, und das muss gefeiert werden. Wir werden dem Einwohnerrat die Finanzierung zu gegebener Zeit vorlegen. Man kann verschiedener Meinung sein, ob die Organisation eines solchen Festes Aufgabe der Stadt sei. Wir sind jedoch der Ansicht, dass wir den

Startschuss geben und die richtigen Leute einbeziehen müssen, damit es 2021 ein richtiges Bäderfest wird und nicht bloss eine "Eröffnung der Bäder". Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Stadt, und vor allem die Leute, die jahrelang unter dem Baulärm leiden mussten, ein richtiges Fest verdienen.

Wir sind daran, die Projektskizzen zusammen mit der Verwaltung zu erarbeiten. Man muss sich mit eher einfachen Themen, wie einem Web-Auftritt, und mit komplexeren Themen, wie einer neuen Signaletik oder einer Promenadengestaltung, auseinandersetzen. Vor der Umsetzung werden wir sie dem Einwohnerrat unterbreiten und die entsprechenden Kredite einholen. Wir finden die Thematik wichtig und werden das Projekt schnell vorantreiben.

Ich finde nicht, dass es einfache Ziele sind. Aarau ist mit der Arbeit am Zukunftsraum mittlerweile zehn Jahre beschäftigt. Beim Rheintal+ dauerte es auch lange bis zur Abstimmung. Das Anstossen des Prozesses zum Treffen einer Vereinbarung betreffend Zusammenarbeit Fusion mit den Agglomerationsgemeinden ist ein durchaus ambitioniertes Ziel. Es hat noch mehr herausfordernde Ziele, bei denen wir Partner benötigen werden, z.B. bei der Digitalisierung.

Wir sind am Aufgleisen von Projekten, wie der Naschpark oder das Gärtnerhaus. Das sind z.T. partizipative Projekte, die auch lobend erwähnt wurden.

Wir werden die Anregungen hinsichtlich Formulierungen (begeisternder oder herausfordernder) berücksichtigen.

Zum Finanzziel:

Wir verstecken uns nicht hinter der Budgetkommission. Wir sind dabei, gewisse Projekte zu prüfen. Dabei geht es nicht um solche der Priorität 2 oder 3, sondern um Projekte mit einer längeren Laufzeit. Wir werden sie mit der Finanzkommission als vorberatende Kommission vorbesprechen und danach den Einwohnerrat informieren.

Zusammenfassung:

Wir sind irgendwo zwischen grosser und keiner Begeisterung. Wir haben uns über das Lob der Strategiekommission gefreut. Wir werden die kritischen Hinweise aufnehmen und an den Formulierungen arbeiten. Ich bin der Ansicht, dass wir auf einem guten Weg sind.

### **Sander Mallien**

Die Bemerkung des Stadtammanns betreffend Geheimhaltung der Detailzahlen stösst mir sauer auf. Das ist eine eklatante Unrechtbehandlung der Einwohnerratsmitglieder. Es sind öffentliche Zahlen. Es sollte keine Geheimniskrämerei und Bevorzugung der Finanzkommission geben. Die Finanzkommission ist eine vorberatende Kommission. Ich bin einverstanden, nicht allen Mitgliedern des Einwohnerrats proaktiv die Zahlen zukommen zu lassen. Auf Anfrage müssten sie allerdings freigegeben werden.

### **Beschluss:**

Die Jahresziele 2020 des Stadtrats werden genehmigt.

#### **4. Gesamtbudget 2020 mit Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2029**

##### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Der Ablauf ist wie folgt: Zuerst die Stellungnahme der Finanzkommission. Danach erfolgt die Eintretensdebatte zum Gesamtbudget und dann die Detailberatung und die Schlussabstimmung.

##### **Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission**

Vor einem Jahr hat die Finanzkommission empfohlen, den Aufgaben- und Finanzplan nicht zu genehmigen. Der Einwohnerrat hat ihn damals dennoch genehmigt, unter der Voraussetzung, dass der Stadtrat ihn heute erneut zur Genehmigung vorlegen würde. Die Finanzkommission hat sich in den vergangenen Monaten an mehreren Sitzungen intensiv mit dem Aufgaben- und Finanzplan beschäftigt. Wir haben einerseits die Steuerprognosen und das Vorgehen dazu erklären lassen. Andererseits haben wir uns mit den Prognosen auf Seite 164/165 auseinandergesetzt. Wenn Sie die Prognose mit derjenigen vom letztjährigen Finanzplan vergleichen, werden Sie merken, dass dieses Jahr mehr "Fleisch am Knochen" ist. Über alles gesehen prognostiziert der Finanzplan ein Wachstum des betrieblichen Aufwands von CHF 7 Mio. für die nächsten zehn Jahre. Das resultiert vor allem aus den betrieblichen Folgekosten der Investitionen, aus den höheren Kosten der Bildung aufgrund von mehr Schulkindern und höheren Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Gleichzeitig werden die Abschreibungen in den nächsten zehn Jahren um rund CHF 6,5 Mio. anwachsen. Demgegenüber stehen Mehrerträge bei den Steuern von CHF 11 Mio. jährlich. Unter dem Strich ergibt das für die zehn Jahre ein kumulatives Minus von CHF 16 Mio., welche wir jedoch nicht als bare Münze nehmen dürfen. Das soll uns als Richtwert dienen, um die Grosswetterlage bestimmen zu können und ein wenig in die Zukunft blicken zu können. Vieles in diesem Finanzplan bleibt unsicher. Einzig das Wachstum der Abschreibungen und der betrieblichen Folgekosten können wir als ziemlich sicher betrachten, weil wir diese Investitionen zum Teil schon genehmigt haben.

Die Finanzkommission hat kontrovers diskutiert, ob es richtig sei, uns einen Finanzplan vorzulegen, in dem in den nächsten zehn Jahren ein kumulativer Fehlbetrag einfließen wird. Eine Mehrheit der Finanzkommission sieht darin kein Problem, solange der Stadtrat – wie versprochen – an der Verbesserung der Situation arbeitet und gemäss dem nächsten Jahresziel und bis Ende Legislatur entsprechend dem Legislaturziel einen ausgeglichenen Finanzplan präsentiert.

Die Finanzkommission stimmt grossmehrheitlich dem Aufgaben- und Finanzplan zu.

Die Finanzkommission stimmt einstimmig dem Budget 2020 und insbesondere dem Steuerfuss von 92% zu.

Beim Besuch der Abteilungen konnten wir mit den Mitgliedern der Verwaltung diskutieren und Fragen stellen. Die Finanzkommission bedankt sich dafür.

Wir freuen uns, dass unser Vorschlag, Transferaufwand und -ertrag besser darzustellen, auf Seite 14 umgesetzt wurde. Da es sich in der Tabelle auf Seite 14 um relativ grosse Beträge handelt, empfehle ich Ihnen, die Tabelle in Zukunft im Auge zu behalten.

Die Finanzkommission ist mit den Budgetkrediten nicht ganz zufrieden. Wir verstehen die Praxis, kleinere Unterhaltsarbeiten in einem grossen Budgetkredit zusammenzufassen, und damit die laufende Rechnung zu "entschlacken", nicht. Die Finanzkommission wünscht sich, dass in den Budgetkrediten die Investitionsfolgekosten zumindest kumulativ ausgewiesen wer-

den. Bei einer Summe von rund CHF 5 Mio. Budgetkredit dürften nämlich die Folgekosten nicht irrelevant sein.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, das Gesamtbudget 2020 zu genehmigen.

### **Stefan Jaecklin**

Es wird niemand erstaunen, dass wir die Steigerung des Nettoaufwands von CHF 2,2 Mio. nicht gut finden. Es erscheint uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass in zwei Bereichen etwas mehr Budgetdisziplin am Budgetprozess nötig wäre. Namentlich sind das die Abteilung Öffentliche Sicherheit und die Fachabteilung Gesellschaft.

Bei der Abteilung Öffentliche Sicherheit gibt es eine unerwartete Kostensteigerung von gerundet CHF 800'000, was massiv ist. Zum anderen haben wir einen Ertragsrückgang bei den Bussen von CHF 1,1 Mio., was allerdings weniger hoch als erwartet ausfällt. Wir haben bereits letztes Jahr darauf hingewiesen, dass die Annahmen komplett unrealistisch seien. Es hat uns erstaunt, dass die Gebühreneinnahmen um CHF 250'000 gesunken sind. In der Summe muss man das im Vergleich setzen mit dem Aufwand, den wir letztes Jahr mit der Budgetkommission betrieben haben, beim Versuch CHF 1,5 Mio. einzusparen. Eine einzige Abteilung schafft es nun, eine Finanzierung aus Steuermitteln um CHF 1,9 Mio. zu steigern. Was hat man letztes Jahr gemacht? Wir können das Budget-Yoyo in der Abteilung Öffentliche Sicherheit nicht akzeptieren. Es ist nicht in Ordnung und nicht respektvoll.

In der Fachabteilung Gesellschaft haben wir eine Steigerung des Nettoaufwands um eine halbe Million, welche lediglich durch eine grössere Anzahl subventionierter Betreuungstage bei Vorschul- und Schulkindern erklärt wird. Natürlich führt dies zu einer entsprechenden Kostensteigerung. Bei Durchsicht der Zahlen haben wir aber festgestellt, dass die Betriebskosten der Abteilung Gesellschaft um 20%, die Anzahl subventionierter Betreuungstage aber nur um rund 10% gestiegen sind. Wir haben eine Differenz von CHF 250'000, was viel Geld ist. Wir halten diese Diskrepanz für nicht kongruent mit dem Leistungsauftrag. Auch dort muss mehr Budgetdisziplin erreicht werden. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat gewillt ist, entsprechende Massnahmen zu prüfen, um diese Nettoaufwandsteigerung zu kompensieren. Wir nehmen die Aussage gerne entgegen und nehmen den Stadtrat beim Wort. Wann dürfen wir die Resultate erwarten?

Wir finden den Finanzplan ausgezeichnet. Er ist ein wichtiges und nützliches Planungsinstrument. Er zeigt uns gewisse redundante Sachen, wie beispielsweise die Tatsache, dass eine Steuerfusserhöhung unnötig gewesen wäre. Aus dem Finanzplan ist ersichtlich, dass die Stadt ein Ausgabe- und nicht ein Einnahmeproblem hat.

Fazit:

Wir haben die Kritikpunkte genannt. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Nettoaufwandsteigerung von CHF 2,2 Mio. kompensieren kann und insbesondere am Budgetprozess und der Disziplin arbeitet.

Wir werden dem Gesamtbudget 2020 und dem Finanzplan 2020 - 2029 zustimmen.

## **Fiona Hostettler**

Wir haben aus Sicht der glp drei Anliegen zum Budget.

Ich fange mit dem Positiven an. Wir sind erfreut, dass sich unsere Einschätzung des letzten Jahres bewahrheitet hat und die Steuererhöhung tatsächlich zum falschen Zeitpunkt erfolgt wäre, hätte das Volk nicht die Reissleine gezogen. Wir sind froh, dass man die Zahlen angepasst hat und mit dieser Prognose weiterarbeitet. Wir freuen uns auch darüber, dass der Stadtrat nicht nochmals versucht hat, präventiv eine Steuerfusserhöhung durchzusetzen.

Die Lücke, verursacht durch die Abteilung Öffentliche Sicherheit, die beim Nettoaufwand zusätzlich zu den Produkten entstanden ist, ist uns auch ein Dorn im Auge. Wir sind enttäuscht, dass die Zusammenarbeit mit der Regionalpolizei Wettingen offenbar vorerst gescheitert ist. Wir hoffen, dass der Stadtrat im Zuge der Diskussionen über Regionalzusammenarbeit und Fusionen, das nochmals genau prüfen wird. Er soll einen klaren Plan aufzeigen, was er erreichen will, so dass man die Einsparmöglichkeiten quantifizieren und belegen kann. Es soll nicht das gleiche Problem entstehen wie bei der Informatik-Zusammenarbeit, wo viel versprochen und wenig geliefert wurde.

Wir haben im Budget eine Lohnerhöhung von einem Prozent ausgewiesen. In unserer Agenda heute Abend haben wir noch eine faktische Erhöhung um 0,6%. Wir müssen das gesamthaft betrachten. Das sind plus 1,6%. Es ist nicht unser Anliegen, den Mitarbeitenden der Verwaltung die Anerkennung und die Motivation zu nehmen. Aus unserer Sicht ist jedoch nicht gut begründet, weshalb man im jetzigen Umfeld von Inflation, die Löhne um 1,6% erhöhen soll. Wir können an diesem Hebel nicht ansetzen, weil wir nicht pauschal an der Lohnerhöhung drehen können. Man müsste das Schritt für Schritt bei jedem Produkt beantragen, was wir natürlich nicht machen werden. Wir werden beim späteren Traktandum zur APK jedoch darauf zurückkommen.

## **Stefanie Kessler**

Das vorliegende Gesamtbudget 2020 ist optisch das Gegenteil der aktuellen Jahreszeit. Von Fröhlichkeit ist auf den 176 Seiten nichts zu sehen. Es gibt von unserer Seite aus keine grossen Diskussionspunkte. Fragen hat allerdings die Plan-Erfolgsrechnung für die nächsten zehn Jahre auf Seite 168 aufgeworfen. Die Analyse zeigt, dass uns bereits 2023 ein negatives operatives Ergebnis blüht. Der Plan des Stadtrats ist aus dem langfristigen Finanzplan leider nicht ersichtlich. Wie bereits in der Vergangenheit erwähnt, wünscht sich die SP Baden dazu eine politische Aussage. Es kann nicht sein, dass unsere finanzielle Zukunft auf dem Prinzip Hoffnung basiert. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, eine langfristige Planung auszuarbeiten und damit die nötige Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen die Stadt weiterentwickeln. Dazu brauchen wir einen Handlungsspielraum. Woher nimmt sich der Stadtrat diesen Handlungsspielraum? Setzt er auf sparen oder, wie vor einem Jahr angedacht, auf eine Erhöhung des Steuerfusses?

Die SP stimmt dem aktuellen Vorschlag zu und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

## **Martina Niggli**

Das team baden hat das vorliegende Gesamtbudget 2020 eingehend geprüft und grundsätzlich für gut befunden. Wir haben gestaunt über das budgetierte Ansteigen des Gesamtergebnisses 2020 gegenüber dem des aktuellen Budgets – ganz ohne Steuererhöhung und trotz Anstieg des Nettoaufwands der Produkte. Diese Nettoaufwandsteigerung möchte der Stadtrat mittelfristig kompensieren.

Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Das team baden wird auch in Zukunft weitere Sparrunden und damit den Leistungsabbau in den Bereichen Stadtplanung, Kultur, Gesellschaft und Volksschule vehement bekämpfen. Wir freuen uns auf Massnahmen des Stadtrats, die keinen Leistungsabbau in den genannten Bereichen nach sich ziehen werden. Wir würden uns auch mehr Erklärungen zu den Kostenverschiebungen von einer Abteilung in die andere wünschen. Wir haben z.B. immer noch eine Abteilung Informatik. Nur ist ihr Produktebudget nicht mehr wirklich aussagekräftig. Zahlreiche Kosten werden ab 2020 bei anderen Abteilungen verrechnet, z.B. die Lohnkosten des Webmastering oder diejenigen des Digital Management. Ich werde in Zukunft schwerlich eine Erklärung im Budget finden, weil die Lohnkosten verschoben wurden. Das wird künftig wohl nicht mehr kommentiert werden. Das gleiche geschieht, wenn man herausfinden will, was die Stadt für Sicherheitsdienste ausgibt. Wenn ich das Produktebudget der Abteilung Öffentliche Sicherheit studiere, entgehen mir z.B. die CHF 60'000 an Sicherheitskosten, die die Abteilung Immobilien im Bereich der Schulhäuser Pfaffechappe und Ländli ausgibt. Diese Entwicklung – weg von der Transparenz – finden wir problematisch. Deshalb wünscht sich das team baden in Zukunft mehr Kommentare, Erklärungen oder Tabellen in den jeweiligen Produktebudgets, die uns erlauben, den Überblick zu behalten.

Betreffend Sicherheitskosten hat das team baden folgenden Input:

Ein Ziel in der Kinder- und Jugendanimation auf Seite 102 im Budget lautet, dass Jugendliche zum Mittragen der Verantwortung animiert werden sollen, auch in Freiräumen. Da wir gerade in der Budgetdebatte sind: Vielleicht lohnt es sich auch finanziell, in dieses Ziel zu investieren.

Trotz dieser Kritikpunkte und Anregungen wird das team baden das Gesamtbudget 2020 genehmigen. Wir werden auch den Aufgaben und Finanzplan 2020 - 2029 genehmigen. Wir bedanken uns für die sorgfältig überarbeitete Version und sehen den Aufgaben- und Finanzplan jetzt als gutes Werkzeug, der uns eine längerfristige Finanzplanung ermöglicht. Die Bevölkerung wird wachsen. Wir erkennen ein Bekenntnis des Stadtrats zum Wachstum in der Tatsache, dass wir, neben den steigenden Einnahmen, auch die steigenden Kosten abgebildet sehen.

### **Sarah Wiederkehr**

Die CVP Baden hat sich ebenfalls mit dem Gesamtbudget 2020 auseinandergesetzt. Wir unterstützen es, mit dem Steuerfuss 92%. Auch dem vorgelegten Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2029 werden wir zustimmen. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die an der Erstellung des Budgets mitgewirkt haben. Es war in den letzten Jahren nicht einfach mit uns.

Der Prozess ist nicht abgeschlossen. Wir haben eine Nettoaufwandsteigerung von CHF 2,2 Mio. Wie wir verschiedentlich schon gehört haben, soll diese jedoch kompensiert werden. In diesem Jahr wird es schwierig werden. Wir unterstützen selbstverständlich die Mehrauslagen in der familienergänzenden Kinderbetreuung, sowie auch die Korrektur in der Abteilung Öffentliche Sicherheit in Bezug auf die letztes Jahr eingestellten Bussengelder, die aus heutiger Sicht eine Fehleinschätzung waren.

Mit dem 10-jährigen Aufgaben- und Finanzplan haben wir ein funktionierendes Planungswerkzeug. Wir erhalten dadurch mehr Transparenz und mehr Weitsicht. Wir schätzen es sehr, dass wir längerfristig mehr an der Planung teilhaben können.



## **Michael Rinderknecht**

Das Gesamtbudget 2020 enthält eine Kostensteigerung von CHF 2,2 Mio. auf neu CHF 55,3 Mio. CHF 1,9 Mio. betreffen die Abteilung Öffentliche Sicherheit, das sind im Wesentlichen die nicht realisierten Busseneinnahmen. Wir begrüssen den Neuansatz des Stadtrats, die Verkehrsbusseneinnahmen endlich ehrlicher zu budgetieren. Die in der Vergangenheit budgetierten Einnahmen von fiktiven Blitzern, die ausgeblieben sind, waren schlicht "Budgetschönungen". Die restlichen Steigerungen entstanden bei den Tagesstrukturen, wo die Kosten zurzeit stärker steigen, als man das von den besuchenden Kindern erwarten würde. Die budgetierte leichte Senkung beim Personalbestand ist erfreulich. Auf den zweiten Blick ist man jedoch verunsichert, ob es nicht dennoch zu einer Steigerung kommen wird, weil das Personal beim IT Joint Venture mit Aarau wohl unter den drei Millionen gebundenen Kosten bleiben, und dieser Posten folglich nicht ausgewiesen wird. Hier braucht es künftig mehr Klarheit.

Die SVP Baden hat sich darüber gefreut, dass die Rechnung 2018 positiver ausgefallen ist als erwartet. Zufrieden oder gar euphorisch ist bei uns aber niemand. Die für 2020 budgetierte pro Kopf-Verschuldung beträgt CHF 4'481.26 und ist damit höher als die momentan heiss diskutierte pro Kopf-Verschuldung in Wettingen. Der Stadtrat hat in jüngster Vergangenheit signalisiert, dass er die finanziellen Probleme in Baden angehen will. Er machte anfangs Jahr konkrete Vorschläge, die leider, nicht zuletzt auch mit Stimmen aus der bürgerlichen Mitte, wieder versenkt wurden. Mittlerweile ist es so, dass aus dem Einwohnerrat fast die grössere Gefahr für die finanzielle Gesundheit von Baden ausgeht als vom Stadtrat. Wir glauben deshalb dem Stadtrat, dass er in den nächsten Wochen und Monaten – wie angekündigt – die Verwaltungsreform konkret darlegen und umsetzen wird.

Im letzten Absatz der Einleitung zum Budget schreibt der Stadtrat, dass er die Kostensteigerung von CHF 2,2 Mio. mittelfristig kompensieren will. Auf Nachfrage hin hat uns der Stadtammann bestätigt, dass diese Kompensation mit dem Budget 2021 erfolgen soll. Wir zählen darauf. Angesichts dieser Ankündigungen erwarten wir nächstes Jahr greifbare Ergebnisse. Wir sichern dem Stadtrat dabei unsere volle Unterstützung zu.

Aus den oben genannten Gründen empfehlen wir Ihnen das Budget 2020 zur Annahme.

## **Michael Staubli**

Wir beurteilen das vorliegende Budget als realistisch und sinnvoll. Die zu den einzelnen Produkten kommentierten Abweichungen sind zum grossen Teil hilfreich. Wir begrüssen solche Kommentare. Bei einzelnen Abteilungen sehen wir noch Potenzial. Wir begrüssen die im Vorwort und in den Kommentaren des Gesamtbudgets offen dargelegten wichtigsten Veränderungen bei der Abteilung Öffentliche Sicherheit, die primär die Bussen betreffen. Bei der Fachabteilung Gesellschaft wurde die Kinderbetreuung der Realität angepasst. Es war bereits bei der Genehmigung des Budgets 2019 absehbar, dass die Einnahmen bei den Bussen unrealistisch hoch veranschlagt worden sind. Verschärft wurde das noch vom Hickhack beim Blitzer der Gstühl-Kreuzung. Spätestens beim Abschluss 2019 wird man sehen, wo wir landen werden. Im Übrigen sind im Budget 2020 keine Einnahmen für diese Anlage enthalten. Die Mehrkosten in die Kinderbetreuung sind eine wichtige Investition in die Zukunft. Von dieser Investition wird nicht nur die Stadt Baden profitieren, sondern auch der Kanton. Wir würden es deshalb begrüssen, wenn das Gespräch mit dem Kanton gesucht würde, um eine gemeinsame finanzielle Lösung zu suchen. Dass diese zwei Themen gegenüber dem Budget 2019 zu einer Erhöhung im Nettoaufwand geführt haben, ist nachvollziehbar.

Bei allen anderen Produkten sehen wir weitgehend eine hohe Kostendisziplin und Budgetgenauigkeit. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit.

Wir erlauben uns, auf einige Punkte und offene Fragen hinzuweisen, denen man 2020 und bei zukünftigen Budgets Rechnung tragen müsste:

**Informatik:**

Wir erachten es als sehr wichtig, dass dem zentralen Projekt höchste Beachtung geschenkt wird. Für den Einwohnerrat ist es schwierig, die Fortschritte auch finanziell zeitnah mit zu verfolgen. Die Reduktion der Kosten wird noch erschwert, indem die bisherigen IT-Kosten dezentralisiert werden. Die Verschiebung der Stelle der Web-Masterin zu den Behördendiensten oder die neue Stelle vom Digital Manager zu der Verwaltungsleitung erschweren einerseits den Blick auf die Entwicklung der IT-Kosten; andererseits sehen wir nicht, weshalb die Aufgaben mit Synergiepotenzial für Aarau und Baden nicht bei der IZAB angesiedelt sind.

**Öffentliche Sicherheit:**

Trotz Nachfrage erschliesst sich ehrlicherweise immer noch nicht, weshalb 2020 die Einnahmen auf den offenen Parkplätzen gegenüber 2019 um eine Viertel-Million, also minus 20%, sinken sollen, obwohl die Anzahl der Parkplätze gemäss Leistungsauftrag höher ist als 2019, und somit auf dem Niveau von 2018. Gegenüber den Ist-Zahlen von 2018 ist es aber trotzdem ein Rückgang von immerhin CHF 165'000. Es ist nicht ganz klar, wie sich die Zahl ergibt.

Wir schätzen die erhöhte Transparenz in der langfristigen Finanzplanung durch den in unseren Augen heute sehr sauber erarbeiteten und transparent dargelegten Finanzplan 2020 - 2029. Er zeigt, auch unter Berücksichtigung von der im Zeitverlauf steigenden Planungsunsicherheit, wohin die Reise voraussichtlich führen wird, und vor allem warum sich die finanzielle Situation wieder verschärfen wird. Wir erachten es als zentral, die Planung auf diesem Niveau weiterzuführen und neue Informationen stetig einzubauen. Sollte sich die Lücke weiter öffnen, muss die Diskussion über die Deckung vom Stadtrat auch in den Einwohnerrat – z.B. via Finanzkommission – getragen werden. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat aufgrund der wieder ein wenig aufgehellten Lage vermehrt in die Entwicklung und in die Zukunft der Stadt und in neue Visionen investieren wird.

**Fazit:**

Wir werden das Gesamtbudget 2020 mit dem unveränderten Steuerfuss von 92% und den Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2029 genehmigen.

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Budgets und bei den Mitgliedern der Verwaltung für ihre Arbeit. Verschiedene Votanten haben beim Thema IT die Transparenz vermisst. Wir werden das prüfen. Wir werden in Zukunft darauf achten, das Schwergewicht auf die Aussagekraft der Kommentare zu setzen.

Den Aufgaben- und Finanzplan haben wir auf Anweisung des Einwohnerrats mit der Finanzkommission nochmals geprüft und neue Punkte und Verbesserungen, vor allem in der Prognose, angebracht. Mit der heutigen Vorlage ist die Arbeit natürlich noch nicht beendet. Man muss den Aufgaben- und Finanzplan jedes Jahr neu erarbeiten.

Es kann auch Änderungen auf der Ertragsseite geben, z.B. bei den Steuern. Treffen die Steuern so ein wie angenommen? Haben wir die richtige Basis gewählt? Stimmt die Prognose, nachdem wir erfahren haben, wie der Kanton die Steuerreform umsetzen wird?

Meiner Ansicht nach ist es kein exakter Plan, es ist der heutige Stand nach bestem Wissen und Gewissen. Er dient lediglich als Arbeitswerkzeug. Es lassen sich daraus Tendenzen erkennen. In der Finanzkommission wurde lange diskutiert. Was bedeutet das Minus von CHF 16 Mio.? Muss man es korrigieren und direkt auf null gehen? Ab 2023 wird das operative Ergebnis kippen, d.h. es wird ins Negative gehen. Noch haben wir Zeit, um zu reagieren und Massnahmen zu ergreifen. Wir haben den Entscheid des Volkes auch so verstanden, dass wir abwarten, weiterverfolgen und rechtzeitig Massnahmen ergreifen müssen. Es kann durchaus sein, dass irgendwann eine Steuererhöhung ins Haus stehen wird. Letztes Jahr konnten wir den Einwohnerrat von einer Steuererhöhung überzeugen, das Volk hat sie jedoch abgelehnt. Aus diesem Grund haben wir die Steuererhöhung nicht eingeplant. Eine der noch zu prüfenden Massnahmen wird in Zukunft jedoch auch der Steuerfuss sein.

Der Stadtrat ist der Meinung – und ich glaube, der Einwohnerrat sieht es auch so – die Stadt Baden müsse sich weiterentwickeln. Als Zentrumsstadt hat Baden Herausforderungen zu bewältigen. Sie muss leben können. Sie muss ihre Lebensfreude erhalten. Wir müssen in die Infrastruktur investieren können. Es ist nicht damit getan, aus Baden eine "Spar-Stadt" zu machen. Der Stadtrat und die Verwaltung stehen für Entwicklung ein. Es gibt, neben den Bädern, viele andere Projekte, in die wir investieren müssen, um ein attraktiver Wirtschafts-, Wohn-, Kultur-, und Arbeitsort zu sein. Wir werden daran arbeiten.

Bezüglich Lohn gibt es Potenzial für Fehlinterpretationen. Wir haben eine Lohnerhöhung von einem Prozent budgetiert. Pensionskassengelder sind jedoch kein Lohn. Sie sind ein Sparbeitrag für die Zukunft. Die Lohnerhöhung ist noch nicht endgültig festgelegt. Das wird, wie jedes Jahr, mit den Personalverbänden noch verhandelt.

Zusammenarbeit mit der Polizei Wettingen:

Wir werden weiterhin bei Anlässen und grossen Festen mit der Polizei Wettingen zusammenarbeiten. Wir werden auch prüfen, ob gemeinsame Anschaffungen sinnvoll wären. Was zurzeit politisch nicht machbar ist, wäre ein gemeinsamer Standort für beide Polizeikorps.

Die Kostensteigerung von CHF 2,2 Mio. nehmen wir sehr ernst. Wir werden daran arbeiten und Sie über das weitere Vorgehen informieren. Nach den effektiven Anmeldezahlen werden wir die Zahlen für die Betreuungskosten einstellen. Es wäre uns allen nicht gedient, wenn wir diese Kosten nicht ins Budget eingestellt hätten.

Von Ihnen hat niemand erwähnt, dass über das gesamte Budget der Nettoaufwand über andere Abteilungen um CHF 200'000 reduziert worden ist. Das zeigt, dass wir über Kostendisziplin verfügen, kontinuierliche Überprüfungen stattfinden und eine gute Abwicklung sichergestellt wird.

Wir legen Ihnen ein Budget mit einer ausgewiesenen Kostensteigerung vor, über die wir natürlich nicht erfreut sind. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir eine gute Basis geschaffen haben, um mit der Arbeit fortfahren zu können.

Ich bedanke mich, dass Sie sich mit der Vorlage auseinandergesetzt haben. Weitere Fragen werden wir in der Detailberatung beantworten.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Wir unterbrechen die Sitzung für eine viertelstündige Pause.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Wir steigen direkt in die Detailberatung ein. Ich werde Seite für Seite durchgehen. Falls Sie ein Votum haben, geben Sie bitte die Seitenzahl an. Das erleichtert die Orientierung.

### **Mark Füllemann**

Behördendienste, zu dem auch der Punkt 9.04, Verwaltungsleitung, gehört:

Es wäre dienlich gewesen, wenn der Stadtrat die gleiche Tabelle, die er bei den Transfererträgen und dem Transferaufwand gemacht hat, auch hier gemacht hätte. Die Informatik wird verschoben. Es heisst z.B., der Webmaster werde zu Dienstleistungen Exekutive verschoben. Zwei Seiten später wird der Webmaster zu Dienstleistungen Öffentlichkeit verschoben. Was ist jetzt richtig?

Kommentierung: In der Dienstleistung Legislative heisst es: "Keine Veränderung". Die Lohnkosten steigen aber über 16,3%. Ist das keine kommentarwürdige Veränderung? Bei der Dienstleistung Öffentlichkeit ist nicht ersichtlich, um wie hoch die Steigerung ist, nachdem der Betrag von CHF 90'000 für den Webmaster schon bei der Exekutive kompensiert worden sind. Weshalb ist dieser nochmals bei der Öffentlichkeit aufgeführt? Ich bitte den Stadtrat bei diesem Durcheinander Klarheit zu schaffen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Mark Füllemann hat Recht. Der Kommentar wurde nur an einem Ort angebracht. Die Webmasterin wurde zu den Behördendiensten verschoben. Das führt zu höheren Lohnkosten, welche am Schluss aber nicht nur einem Produkt, sondern allen drei Produkten zugewiesen sind. Vielleicht würde es zur Klarheit beitragen, wenn in der Gesamtzusammenstellung ein Kommentar angebracht werden würde.

### **Michael Brandmaier**

Komputiko kune hat das IZAB-Szenario geheissen, das der Stadtrat knapp durchgebracht hat. Komputiko kune ist internationale Sprache und heisst: "Informatik zusammen". In Bezug auf das Personal kann das nicht gemeint sein, siehe Abgänge. Vielleicht bedeutet es "Informatik zusammen teurer".

Bei Durchsicht des Budgets erhält man diesen Eindruck. Der Aufwand steigt seit der Rechnung 2017 zum vorliegenden Budget um eine halbe Million. Dazu kommen CHF 150'000 Lohnkosten, die in andere Abteilungen verschoben wurden.

Was mich am meisten stört, ist die mangelnde Transparenz der Budgetierung. Der Einwohnerrat kann nur noch über "gebundene Aufgaben" befinden. Wir würden eine Art Rechenschaftsbericht der IZAB begrüßen, der Transparenz schaffen würde.

Letztes Jahr wurde der Stadtrat vom Einwohnerrat beauftragt, bis Ende Legislatur den Aufwand gegenüber dem Bruttoaufwand 2017 um 15% zu reduzieren. Das heisst, der Aufwand soll um rund CHF 1,1 Mio. gegenüber heute sinken.

Wir haben derzeit eine Interimsführung, und wir sind vom Ende der Legislatur nur noch ein Budget entfernt. Der Stadtrat soll deshalb seinen Plan in der Dezember-Sitzung vorstellen und darlegen, wie er seine qualitativen und finanziellen Ziele – die letzten hat der Einwohnerrat noch geschärft – erreichen will.

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Obwohl wir das Bedürfnis nachvollziehen können, ist es illusorisch an der Dezember-Sitzung über das Erreichen der Ziele Auskunft geben zu können. Wir bitten um etwas mehr Zeit, da wir zurzeit eine Prüfung durchführen. Ende Jahr wird dazu ein Bericht eingereicht werden. Wir können danach die entsprechenden Massnahmen ergreifen. Wir werden wahrscheinlich im Verlauf des nächsten Jahres in der Lage sein, Sie darüber zu informieren.

### **Michael Brandmaier**

Wenn ich es richtig verstanden habe, herrscht im Moment keine Klarheit. Wir müssen warten, bis der Stadtrat einen Plan hat. Vielleicht ist es dann jedoch zu spät. Muss ich das anders interpretieren?

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Der Einwohnerrat hat beschlossen, die Abteilungen Informatik Aarau und Baden zusammenzulegen, d.h. beide Abteilungen befinden sich nun an einem Standort. Man überprüft zurzeit die wichtigsten und dringendsten Punkte. Danach werden wir über das weitere Vorgehen in der Informatik entscheiden. Da wir nicht so schnell vorankommen, wie ursprünglich gedacht, was auch mit der personellen Situation zusammenhängt, wäre es schön, wenn wir mehr Zeit zur Verfügung hätten.

### **Michael Brandmaier**

Ich nehme das so zur Kenntnis.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Personal, Seite 33

Verwaltungsleitung, Controlling, Digital Management, Standortförderung, Standortmarketing, Seite 35

## **Mark Füllemann**

Ich habe zwei Fragen bezüglich Standortmarketing und Stadtentwicklung:

1. Wann wird uns das Dokument betreffend Smart City vorgelegt, damit wir es lesen und diskutieren können? Anstatt uns aussageleere Folien, wie heute Abend, zu präsentieren.
2. Im Leistungsauftrag des Standortmarketings heisst es nach wie vor: "Wirtschaftsstandort mir starker Industrie". Man hat jedoch die Standortförderung abgespalten und eine neue Schnittstelle geschaffen. Wie gedenkt der Stadtrat diese Aufgabe zwischen Standortförderung, die wirtschaftsorientiert ist, und Standortmarketing, die das gleiche Ziel hat, nämlich Wirtschaftsförderung, zu lösen? Für mich ist das eine Doppelspurigkeit.

## **Markus Schneider, Stadtmann**

Es ist die gleiche Aufgabe. Das eine ist die Standortförderung, wo Thomas Lütolf als Einzelner agiert, häufig mit mir zusammen. Da die Standortförderung immer noch eng mit dem Standortmarketing zusammenarbeitet, ist das Standortmarketing noch enthalten.

Zur ersten Frage: Es gibt zu Smart City eine Strategie, die der Stadtrat verabschiedet hat. Es ist zurzeit nicht vorgesehen, diese Strategie dem Einwohnerrat mit einer Vorlage zu unterbreiten. Es ist ein interner Auftrag, der nicht vom Einwohnerrat verabschiedet werden muss. Die Strategiekommision hat das Strategiepapier schon gesehen.

Alexander Carisch soll doch bitte dazu noch etwas sagen.

## **Alexander Carisch**

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen.

Kurz zur Definition "Standortmarketing":

Thomas Lütolf, Standortförderung, begleitet Unternehmen, welche sich in der Stadt Baden niederlassen möchten und pflegt ein Netzwerk mit den bestehenden Unternehmen. Das ist seine Aufgabe als Einzelperson, wo er engen Kontakt zu den Unternehmen pflegen muss. Er hat auch den Auftrag – zusammen mit dem Kanton – die Standortpromotion sicherzustellen, sodass rasch Informationen zu unseren Standortqualitäten an interessierte Unternehmen kommuniziert werden. Standortmarketing per se hat viel damit zu tun, Informationen für die ganze Kommunikation zum Standort aufzubereiten. Das beinhaltet das ganze Spektrum von Unternehmensfaktoren und Standortfaktoren, von der Energie- bis Mobilitätsthematik. Wir bereiten das ganze Spektrum der Stadt Baden in enger Zusammenarbeit mit der Standortförderung auf. Diese Arbeit ist aufeinander abgestimmt.

Zur zweiten Frage:

Wir haben mit der Diskussion zur Digitalisierungsstrategie – alles, was technisch machbar ist – begonnen. Wir haben beschlossen, dies im Prozess zu ändern. Wir müssen bestimmen, was für den Standort sinnvoll ist.

Sinnvoll ist einerseits das vorhandene Potenzial, zum anderen die Herausforderungen, z.B. die digitale Transformation oder die Klimaveränderung, mit der wir konfrontiert werden. Das bedeu-

tet, dass wir uns als Gesellschaft stark mit diesen Kriterien auseinandersetzen müssen. Vielleicht hat es sich oberflächlich angehört, aber wir haben uns viele Gedanken gemacht. Die Strategie Smart City Baden "Mensch, Natur und Raum" ist ein Lenkungs- und Führungsinstrument zur Umsetzung von Projekten und Strategien, die Sie bereits verabschiedet haben (Planungsleitbild, REK, das noch definitiv verabschiedet werden wird). Ziel ist es, aus diesen Grundlagen konkrete Projekte zur digitalen Transformation, zur Herausforderung in der räumlichen Entwicklung und was die klimatischen Veränderungen anbelangt, zu erstellen. Das wird die Basis sein, an der wir weiterarbeiten werden.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Standortmarketing, Seite 38  
Entwicklungsplanung, Seite 41  
Stadtökologie, Seite 44

### **Michael Brandmaier**

Wir würden vom Stadtrat gerne die Hintergründe, wieso die Zusammenarbeit mit der Ortsbürgergemeinde zur Übernahme der Fachabteilung Stadtökologie nicht zustande gekommen ist.

### **Stefanie Kessler**

Ist eine Vorlage betreffend Zugehörigkeit der Abteilung Stadtökologie (Einwohner- oder Ortsbürgergemeinde) geplant? Wenn ja, wann?

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir haben das Vorgehen betreffend Zugehörigkeit der Abteilung Stadtökologie zur Ortsbürgergemeinde intensiv geprüft. Wir haben parallel dazu die Verwaltungsreorganisation aufgestellt. Das waren zwei verschiedene Projekte. Wenn die Abteilung Stadtökologie zum jetzigen Zeitpunkt an die Ortsbürgergemeinde überginge, würden wir der Verwaltungsreform vorgreifen.

Wir werden Ihnen nach erfolgter Verwaltungsreorganisation diesbezüglich eine Vorlage unterbreiten. Wir werden den Moment abwarten, um Klarheit zu erlangen. Danach werden wir die Verhandlungen wiederaufnehmen. Das hat zur Konsequenz, dass der Betrag von CHF 60'000 weder im alten noch im neuen Budget eingestellt worden ist, da an der Ortsbürgergemeindeversammlung festgelegt worden war, dass sobald die Leistungsvereinbarung unterschrieben sei, der Betrag ausbezahlt werden würde.

### **Mark Füllemann**

Ich bitte den Stadtrat, in der einen oder anderen Vorlage eine Änderung vorzunehmen. Im Budget steht "nicht zustande gekommen". Im Budget für die Ortsbürgergemeindeversammlung vom 2. Dezember 2019 heisst es: "verzögert". Ich war erstaunt, dass für den gleichen Sachverhalt zwei verschiedene Formulierungen existieren. Meines Erachtens hätte man die gleiche Formulierung verwenden sollen.

## **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Finanzen, Seite 48

Steuern, Seite 54

Betriebsamt, Seite 60

Stadtbüro, Seite 63

Zivilstandskreis, Seite 66

Öffentliche Sicherheit, Seite 70

## **Mark Füllemann**

Die Abteilung Öffentliche Sicherheit wurde heute Abend schon mehrfach erwähnt. Wir stellen folgende Fragen:

1. In der Übersicht heisst es, dass die Betriebskosten um rund CHF 6'16'000 gestiegen seien, d.h. 20% gegenüber dem Budget 2019. Die Lohnkosten sind ungefähr um CHF 170'000 gestiegen. In der Begründung heisst es, die Vertragsgemeinden hätten eine grössere Bevölkerung. Die erhaltene Rückerstattung beträgt lediglich CHF 150'000 gegenüber rund CHF 800'000. Die Frage ist: Subventionieren wir die Vertragsgemeinden?
2. Ein Teil der Betriebskosten wird mit dem Verkehrsdienst begründet, z.B. für die neuen Messgeräte, um Personen zu zählen. Diese Kosten seien um CHF 300'000 gestiegen. Die Frage ist: Welche Geräte wurden gekauft, die einen solch teuren Unterhalt verursachen.
3. Die Frage betreffend Bussen geht an den Ressortchef. Ich weiss, dass die Situation realistischer geworden ist. Letztes Jahr wollten wir 42% der Kosten des Verkehrsdienstes über Bussen decken. Das Budget rechnet noch mit 30%, d.h. CHF 940'000. Frage an den Ressortchef: Ist das realistisch oder wieder eine freie Erfindung?
4. Weshalb sinken die Parkgebühren um CHF 250'000? Die Tunnelgarage ist offen. Wenn ich beim Bahnhof parkiere, ist der Parkplatz stets voll. Weshalb sinken die Gebühren dann?

## **Matthias Gotter, Stadtrat**

Ich bedanke mich für die Voten zum Produkt Öffentliche Sicherheit.

Ich fange beim Übergeordneten an. Wenn ein Produkt falsch budgetiert wurde, was letztes Jahr der Fall war, muss man eine Korrektur anbringen. Letztes Jahr hatten wir eine strukturelle Baisse in der Abteilung Öffentliche Sicherheit. Wir mussten Korrekturen vornehmen. Dadurch wurde auch das Budget 2020 beeinflusst. Das waren namentlich die mehrfach genannten Bussen, die sich letztes Jahr auf eine falsche Annahme stützten.

Die Parkplätze, z.B. in der Tunnelgarage, sind nicht in unserem Budget. Diese sind beim Ressort Immobilien/Infrastruktur. Man kann grundsätzlich jedoch davon ausgehen, dass der Rückgang in dieser Position einer falschen Annahme geschuldet ist. Das Parkreglement wurde erst dieses Jahr umgesetzt. Die Anzahl Parkplätze ist zudem nicht genau zu beziffern. Aus diesen Gründen resultiert die Abweichung von CHF 250'000.



Wir subventionieren keinesfalls die Vertragsgemeinden. Sie sind im Landesindex angeschlossen und zahlen einen Pro-Kopf-Beitrag. Man hat für die Vertragsgemeinden einen Schlüssel definiert, sodass man mehr Bussen generieren kann. Wir subventionieren die Vertragsgemeinden nicht über die Rückerstattungen. Es ist eine vertragsbasierte Situation.

Zu den Kostensteigerungen:

Dieses Jahr sind mittlere bis grössere Positionen hinzugekommen. Zum einen die Unterzielen bei der Bekleidung, zum anderen die beschafften Messmittel inklusive der nötigen Eichung. Wir besitzen einen semi-stationären Radar und Catch Cams (z.B. an der Schartenstrasse und am Stadtturm). Ausserdem wird auch die Bewilligung für die Rotlichtgeschwindigkeitskontrolle an der Kreuzung Gstühlplatz hinzukommen, die selbstverständlich auch geeicht werden muss. Jedes elektronische Gerät muss auch gewartet werden. Das sind alles Kostensteigerungen, die letztes Jahr nicht abgebildet wurden.

### **Mark Füllemann**

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Stadt Baden fähig ist, georeferenziert jedes Kind ab Geburt zu erfassen, aber keine Ahnung hat, wie viele Parkplätze wir haben.

Ich nehme zur Kenntnis, dass bald November sein wird und sich der Nebel ausbreitet über Subventionen und Rückerstattungen.

### **Michael Staubli**

Ich habe eine Frage zu den Parkgebühren: Aus der Rechnung 2018 geht hervor, dass man CHF 165'000 Mehreinnahmen hatte, als jetzt budgetiert. Nicht das letztjährige Budget war falsch, die Rechnung 2018 müsste richtig sein. Woher stammt die Differenz von CHF 165'000?

### **Matthias Gotter, Stadtrat**

Ich habe die drei Gründe genannt. Da ich nicht allwissend bin, bitte ich Martin Brönnimann, dies zu präzisieren.

### **Martin Brönnimann**

Es ist im Budget immer eine Annahme, was man realisieren kann oder nicht. Die offenen Parkplätze, die die Stadtpolizei betreut, sind diejenigen, die Sie auf den Strassen sehen. Wir haben auf den Strassen eine rege Bautätigkeit, wie z.B. im Bäderquartier, wo wir keine Parkgebühren erheben können. Es ist tatsächlich so, dass wir 2018 CHF 1,2 Mio. einnehmen konnten. Wir gehen davon aus, dass wir nächstes Jahr nicht mehr so viel einnehmen werden. Die Annahme ist eine Anzahl von rund 1'000 Parkplätze. Es waren 1'100, nach einer Revision wurden es weniger. Das beruht sicherlich auf einer defensiven Schätzung. Das ist die einzige Erklärung, die ich geben kann.

## **Bächli Karin, Einwohnerratspräsidentin**

Volksschule, Seite 80  
Kultur, Seite 89  
Gesellschaft, Seite 100  
Soziale Dienste, Seite 113  
Planung und Bau, Seite 118  
Immobilien, Seite 126  
Tiefbau, Seite 137  
Werkhof, Seite 141  
Investitionsvoranschlag, Seite 149  
Planmässige Abschreibungen, Seite 151  
Budgetkredit, Seite 152

## **Glanzmann Daniel**

Auf Seite 153 ist ein Budgetkredit der Abteilung Kultur und Gesellschaft, Historisches Museum. Dort ist eine Ausgabe geplant für ein Projekt, das sich "Zeitsprungindustrie in Baden" nennt. Vorweg, wir haben nichts gegen die Ideen und die Anlässe, die stattfinden sollen.

Gemäss Beschreibung verstehen wir das so: In den Kosten sind vor allem Lohnkosten enthalten, eine externe Dienstleistung und einen adäquaten Eröffnungsanlass. Wir finden, dass das ein buchhalterischer Aufwand ist und in die laufende Rechnung gehört und im Budgetkredit nichts verloren hat. Die Fachabteilung Kultur hat 19,35 Vollzeitstellen und Kosten von CHF 6,872 Mio. Wenn wir entscheiden könnten, würden wir sagen: Macht es mit den vorhandenen Ressourcen innerhalb des Budgets. Wir haben einen Kompromissvorschlag. Wir lehnen den Budgetkredit ab und schlagen vor, dass das Projekt aus der WOV-Kasse bezahlt wird.

Mein Antrag lautet: Streichung des Budgetkredits 10-311.

## **Alex Berger**

Die SP Baden wird den Antrag auf Streichung des Budgetkredits 10-311, Projekt "Zeitsprungindustrie in Baden" ablehnen. Der Budgetkredit über CHF 124'000 stellt eine wirksame Kommunikation und Vermarktung des kantonalen Projekts, das bereits im September gestartet wurde, in Baden sicher. Mit über 40 verschiedenen Projekten für Schulen, Museen, Festivals usw. ist das Themenjahr im Aargau präsent und hat eine grosse Ausstrahlung weit über die Grenzen hinaus. Mit der Leitung des Historischen Museums hat Baden die federführende Rolle im Kanton übernommen. Wieso nicht? Baden ist schliesslich **die Industriestadt** im Kanton und kann so davon profitieren. Nebst der Stadt Baden, die einen Beitrag von CHF 124'000 leistet, machen viele wichtige Partner mit. Auch kantonale Fördergelder von CHF 2 Mio. fliessen in das Projekt. Unserer Ansicht nach sollte der Budgetkredit bestehen bleiben.

## **Mark Füllemann**

Ich bin mit Daniel Glanzmann einig. Das Projekt soll stattfinden. Es soll jedoch anders finanziert werden. Wenn es "Ablehnung" heisst, was ich unterstütze, heisst das Verschiebung ins Budget dieser Abteilung und danach Finanzierung über die WOV-Kasse dieser Abteilung. Ein Investi-

tionskredit über CHF 100'000, der in die Bilanz geht, wird danach aktiviert und abgeschrieben. Auf der Seite der Aktiven steht physisch nichts. Das ist am Rande des Zulässigen.

Ich unterstütze den Antrag hauptsächlich aus budgettechnischen Gründen. Das sollte kein aktivierungspflichtiger Kredit sein, sondern in der laufenden Rechnung figurieren. Unsere WOV-Kassen sind ohnehin zu voll. Nutzen wir die Gelegenheit, sie mit einem guten Projekt abzubauen.

### **Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission**

Wir sind gegen den Antrag, so wie er unterbreitet worden ist. Man müsste, wenn schon, das Budget erhöhen. Das WOV-Konto dieser Fachabteilung ist nahe bei CHF 120'000. Eine Finanzierung über das WOV-Konto scheint mir nicht sehr realistisch.

### **Erich Obrist, Stadtrat**

Die Frage nach dem Budgetkredit:

Wir wollten die Zusatzleistungen transparent ausweisen und nicht im Budget der Fachabteilung einstellen. Es handelt sich vorwiegend um Honorare von Externen, die in einem Jahr abgeschlossen werden sollten. Die Abschreibungen werden über fünf Jahre stattfinden. Im Grossen und Ganzen geht es um Koordination. Ich werde später nochmals darauf zurückkommen.

Ich bedanke mich bei Daniel Glanzmann für die Gelegenheit, zur Ablehnung des Budgetkredits Stellung nehmen zu dürfen. Es geht auch um Marketing und Kommunikation. Es geht darum, dass Anlässe, die in Baden stattfinden, nicht im kleinen Kreis bleiben, sondern überregional ausstrahlen. Es geht auch um einen adäquaten Eröffnungsanlass des Projekts am 21. August 2020.

Das Projekt wurde vom Kanton in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum Baden, mit dem Stadtmuseum Aarau, dem Museum Burghalde in Lenzburg, dem Museum Aargau und Tourismus Aargau aufgelegt. Der Grund ist die Einführung der Manufakturmandate des Stands Bern im Berner Aargau 1719. Das bot die Möglichkeit, losgelöst von den Zünften, Industrien anzusiedeln. Das passierte zuerst im Berner Aargau.

In Lenzburg startete man am 21. August 2018 den Festakt "Industriezeitsprung". Es finden im ganzen Kanton von verschiedenen Akteuren in den Museen usw. Veranstaltungen statt. Den Abschluss bilden die drei Power-Monate in Baden. Es wird eine Ausstellung im Historischen Museum stattfinden, die man über das Budget des Museums finanzieren wird. Der Verein "Industriewelt Baden" hat ebenfalls eine Ausstellung organisiert. Sie heisst "Elektrotechnik gestern und heute" und wird in der Alten Schmiede stattfinden. Alle Aktionen der beiden Ausstellungen werden durch den Tag der Offenen Tür der verschiedenen Bildungsinstitutionen, wie BBB Baden, ABB Technikerschule usw., begleitet. Merker AG und Oederlin AG, zwei alte Player auf dem Industrieplatz Baden, werden auch Anlässe durchführen, ebenso die ABB und Fantoche. Auch das Cartoon-Festival wird dann stattfinden. Alle Events müssen koordiniert und abgestimmt werden, was Kosten verursachen wird. Es wird für Baden etwas Einmaliges sein, was unbedingt nach aussen getragen werden muss. Um eine professionelle Marketingbegleitung zu haben, werden wir mit dem Standortmarketing zusammenarbeiten. Es soll einen Eröffnungsanlass geben und nicht nur einen Apéro. Wir haben dafür CHF 30'000 budgetiert, welche in den CHF 124'000 enthalten sind.

Lieber Daniel Glanzmann: Wenn wir diesen Anlass mit den 19,3 Stellen stemmen könnten, hiesse das, dass wir sonst nichts zu tun hätten. In diesen 19,3 Stellen ist z.B. auch die Bibliothekarin, der ich nur in ihrem Bereich Koordinationsaufgaben übertragen könnte. Auf dem Bau kann der Elektroinstallateur auch nicht die Aufgaben des Gipsers übernehmen.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Power-Monate für Baden gut sind und hat deshalb den Budgetkredit eingestellt. Für Baden ist es wichtig, positiv im Gespräch zu bleiben. Falls Sie auch davon überzeugt sind, stimmen Sie bitte dem Budgetkredit zu und lehnen den Antrag von Daniel Glanzmann ab.

### **Stefan Jaecklin**

Es ist ein interessantes Projekt, was sicherlich niemand bezweifelt. Wir müssen aber aufpassen, dass wenn etwas "Investitionsplan" heisst, es auch tatsächlich ist. Auf diesem Plan sehe ich ein Einsatzfahrzeug der Polizei und Motorspritzen. Das sind alles Assets mit einer langen Dauer, die abgeschrieben werden und bei denen die Ausgaben aktiviert werden müssen. Uns stört nicht das Projekt, sondern dass wir beim Einstellen solcher Projekte in den Investitionsplan, Tür und Tor öffnen. Es erstaunt mich, dass es überhaupt im Investitionsplan sein darf.

### **Daniel Glanzmann**

Ich schliesse mich dem an. Es ist grundsätzlich so: Merkt ein Abteilungsleitender beim Budgetieren, dass sein Nettoaufwand steigt, wird er dazu verleitet, einen Budgetkredit einzustellen. Ich betone nochmals, dass niemand das Projekt hinterfragt. Es geht lediglich um Buchhaltung.

### **Alex Berger**

Wir würden den Antrag von Daniel Glanzmann unterstützen, wenn er das Budget der Abteilung um den gleichen Betrag erhöhen würde. In dem Fall würden wir keinen Investitionskredit benötigen. Ansonsten können wir dem Antrag nicht folgen.

Zu Stefan Jaecklin:

Es ist nicht nur möglich, in materielle, sondern auch in immaterielle Sachen zu investieren. Ich bin überzeugt, dass ein Projekt, welches im ganzen Kanton über ein ganzes Jahr dauert und in den Power-Monaten in Baden mündet, einen höheren Wert generiert als wenn man es abschreiben würde.

### **Erich Obrist, Stadtrat**

Die Regeln besagen, dass der Betrag über CHF 100'000 sein muss und das Projekt innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden muss. Es geht nicht darum, etwas zu verstecken, deshalb haben wir es als Budgetkredit aufgenommen.

### **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Der Antrag lautet: Streichung des Budgetkredits 10-311

## **Beschluss**

Ablehnung.

## **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Gebundene Beiträge, Investitionsvoranschlag, Seite 157  
Aufgaben- und Finanzplan, Seite 159

## **Mark Füllemann**

Ich habe eine Frage zu Budget und Prognosen 2019, Seite 162. Dort ist eine Kolonne Budget und eine Kolonne Prognose. Frage an den Stadtrat: Weshalb sind die Zahlen bei der Prognose die gleichen wie die Budgetzahlen? Haben Sie den Eindruck, dass wir punktgenau beim Budget landen? Das dürfte unwahrscheinlich sein.

## **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich kann die Frage nicht beantworten und gebe sie weiter an Thomas Böhm oder Thomas Bumbacher.

## **Thomas Bumbacher**

Dies war bisher kein Mittel, um einen Zwischenbericht zu erstatten. Das Gesamtbudget ist kein Rapportierungsinstrument, in dem wir angeben, wo wir stehen. Dafür gibt es Trimesterberichte. Es wäre machbar, ist aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht so definiert.

## **Beschluss**

Das Gesamtbudget 2020 mit einem Steuerfuss von 92% wird genehmigt.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2029 wird genehmigt.

## **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Laut Zufriedenheitsumfrage wünscht der Einwohnerrat keine langen Sitzungen. Es ist bald 22.00 Uhr. Wir haben noch verschiedene Traktanden, die wir heute Abend nicht mehr bewältigen können. Mein Vorschlag wäre, aufzuhören und die restlichen Traktanden auf morgen zu vertagen.

Romina Ettisberger freut sich, uns im Piazza zu einem Bier einzuladen. Wir sehen uns dann morgen um 19.00 Uhr, um die restlichen Traktanden zu behandeln.

Sitzungsende: 21.26 Uhr

**23. Oktober 2019**

**Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Ich heisse Sie herzlich willkommen zur 2. Sitzung des Einwohnerrats.

Für die heutige Sitzung haben sich Romina Ettisberger, Esther Frischknecht, Adrian Gräub, Stefanie Heimgartner, Bruno Knörr, Susanne Slavicek und Steven Van Petegem entschuldigt.

**Markus Schneider, Stadtmann**

Erich Obrist nimmt als Vertreter des Stadtrats an der Cordula-Feier teil. Er wird deshalb später eintreffen.

Ich möchte es nicht unterlassen, Ruth Müri, Marianne Binder und Thierry Burkart zur Nomination für den 2. Wahlgang der Ständeratswahlen zu gratulieren. Es ist eine *einmalige* Wahl, bei der drei Kandidierende aus Baden stammen. Wir können stolz darauf sein. Ich wünsche allen viel Glück. Es würde mich freuen, zwei Aargauer Ständeräte aus Baden zu haben. Das wäre ein Grund für ein kleines Fest. Ich möchte allen Kandidierenden vom Oktober, allen voran den Gewählten, zu den guten Resultaten beglückwünschen.

**5. APK Aargauische Pensionskasse; Massnahmen zur Abfederung der Senkung des Umwandlungssatzes von 5.9% auf 5.3%; Erhöhung der Sparbeiträge; Verpflichtungskredit (41/19)**

**Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission**

Es ist positiv zu werten, und wir danken dem Stadtrat, dass er die Massnahme dem Einwohner-rat als Verpflichtungskredit vorlegt und nicht via Budget umgesetzt hat. Der Verpflichtungskredit wurde in der Finanzkommission kontrovers diskutiert. Ist es richtig, dass die Stadt als Arbeitgeber eingreift, um im aktuell ökonomischen Umfeld rückläufige Erträge über die Pensionskasse zu kompensieren? In der Privatwirtschaft wird das häufig nicht gemacht. Einige Mitglieder der Finanzkommission haben sich deshalb gewünscht, dass der Vergleich nicht nur mit Nachbar-gemeinden oder mit Betrieben mit Beteiligungen gemacht wird, sondern auch mit Betrieben aus der Privatwirtschaft, z.B. SBB oder Post. Die Finanzkommission anerkennt jedoch die Umset-zung des Ziels, die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin hoch zu halten. Deshalb empfiehlt Ihnen die Finanzkommission mehrheitlich, den Antrag zu genehmigen.

**Fiona Hostettler**

Für uns hängt diese Frage, mindestens teilweise, auch damit zusammen, wie die Lohnerhöhung dieses oder nächstes Jahr im Budget erfasst wird. Es ist mir durchaus bewusst, was ein Pen-sionskassenbeitrag und was effektiver Lohn ist. Die Stadt argumentiert jedoch selber mit der Attraktivität für die Mitarbeitenden. Das ist ein Gesamtpaket, auch aus finanzieller Sicht. Auf-grund der bestehenden Reserve würden die zusätzlichen 0,6%, die die Stadt auf den versicher-ten Lohn beitragen würde, dieses Jahr noch nicht im Budget erscheinen. Wir müssen aber dieses Jahr schon an das nächste Jahr denken. Wenn wir heute den Verpflichtungskredit be-willigten, würden wir indirekt für nächstes Jahr bereits eine halbe Million Schweizer Franken genehmigen, statt nur die CHF 370'000 in Form einer Lohnerhöhung. Uns geht das in der ge-

genwärtigen ökonomischen Situation zu weit. Es ist zu viel des Guten, auch wenn wir Arbeit der Verwaltung die ganze Stadt schätzen. Es geht auch um die Frage, ob ein zusätzlicher Beitrag in die APK tatsächlich die richtige Lösung des Problems wäre. Wir haben ein strukturelles Missverhältnis zwischen Einzahlenden und Empfänger, die aus der Pensionskasse Renten beziehen. Wir haben einen zu hohen Mindestumwandlungssatz und teilweise auch zu hohe Mindestverzinsungen. Das ist ein gesetzliches Problem. Ich möchte darauf hinweisen, dass nicht die Leute Schuld sind, die in diesem Bereich arbeiten. Wir haben es in den letzten 20 Jahren nicht geschafft, in der Schweiz strukturelle Reformen durchzuführen. Ist es der richtige Weg, pauschal jeden Mitarbeitenden zu zwingen, einen höheren Beitrag einzuzahlen. Ich sehe es aus Sicht einer jungen Frau, die bei einer Stadtverwaltung angestellt sein könnte. Da wäre ein schwarzes Loch. Ich wüsste nicht, was mit dieser Pensionskasse in Zukunft passieren würde. Wenn wir die Mehrheiten am letzten Sonntag betrachten, erscheint auch keine Lösung am Horizont. Die Mitarbeitenden haben die Möglichkeit, freiwillig mehr in die Altersvorsorge einzuzahlen, wenn sie dies aus ihrer Sicht und in ihrer Situation für sinnvoll erachten. Das trifft jedoch sicherlich nicht für alle zu.

Ich plädiere dafür, den Verpflichtungskredit abzulehnen.

### **Tobias Auer**

Die grosse Mehrheit im Saal und die grosse Mehrheit der Steuerzahlenden in dieser Stadt hat bereits oder wird in naher Zukunft eine Senkung des Umwandlungssatzes erfahren. Eine aktuelle Swisscanto-Studie erwartet, dass der Umwandlungssatz mittelfristig auf unter 5% gesenkt werden muss. Das ist die logische Konsequenz des Niedrigzinsumfelds und einer immer älter werdenden Gesellschaft bei gleichbleibendem Pensionsalter. Die 2. Säule ist selbstfinanzierend, d.h. sie bezweckt im Gegensatz zur AHV keine Umverteilung von Erwerbenden zu Rentnern. Ausserdem ist die Pensionskasse kein Instrument für die soziale Sicherheit (wie in der Vorlage beschrieben), sondern dient dem Erhalt des Lebensstandards "in angemessener Weise" nach der Pensionierung.

Es ist für die FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar, wieso der Steuerzahlende die Rentensenkung bei der Verwaltung mittels einer faktischen Lohnerhöhung von 0,6% kompensieren soll, insbesondere da der Steuerzahlende selber von sinkenden Umwandlungssätzen betroffen ist und diese nicht kompensiert werden. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass – zugunsten einer höheren Lebenserwartung – praktisch jedes Mitglied unserer Gesellschaft auf einen Teil der jährlichen Pensionskassenrente verzichten muss, sowohl in der Privatwirtschaft als auch in der öffentlichen Verwaltung."

### **Alex Berger**

Die SP Baden erachtet grossmehrheitlich die Erhöhung des APK-Umwandlungssatzes als richtig. Durch eine nachhaltige Anpassung des Vorsorgeplans wird die Altersvorsorge für alle versicherten Mitarbeitenden sichergestellt und verbessert. Von dieser Massnahme profitieren über den längeren Sparprozess insbesondere auch die jüngeren Mitarbeitenden. Der Umwandlungssatz der Pensionskasse, der in den letzten Jahren stark gesunken ist, bedeutet zukünftig Probleme, da mit niedrigeren Renten zu rechnen ist. Niedrigere Renten führen zu Altersarmut, die in letzter Zeit angestiegen ist. Wir von der SP Baden denken, dass es im Moment eine gute Option ist, diese Diskrepanz auf Arbeitnehmende und Arbeitgebende zu verteilen, was die Stadt Baden mit ihrer 40 zu 60-Lösung macht. Wir sind uns bewusst, dass das für die Privatwirtschaft einen schwierigen Schritt darstellt. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb wird die SP

Baden dem Antrag des Stadtrats folgen. Wir wünschen uns, dass sich auch die anderen Betriebe, wie z.B. RPB, AZK oder BBB, dieser Erhöhung anschliessen.

### **Corinne Schmidlin**

Unser Pensionskassensystem hat grosse strukturelle Probleme. Ich muss sicherlich nicht weiter darauf eingehen. In diesem äusserst schwierigen Umfeld müssen wir die jetzt eher knapp verfasste Vorlage bezüglich der Erhöhung der Sparbeiträge diskutieren. Die Stadt Baden möchte mit diesem Schritt, den Mitarbeitenden entgegenkommen und ihnen die Altersvorsorge verbessern. Die Grünen stimmen diesem Vorhaben grundsätzlich zu, jedoch ohne grosse Begeisterung.

Die in der Vorlage im Mittelpunkt stehende Argumentation überzeugt uns nicht. Die Arbeitgeberattraktivität ist zwar wichtig, aber, wer glaubt, dass der Punkt der Sparbeiträge der APK das Zünglein an der Waage wäre, irrt. Gerade auch deshalb, weil die Prognose der Renten recht nebulös ist. Es geht vielmehr um eine Wertschätzung der Mitarbeitenden. Es ginge darum, dass die Stadt Baden mit gutem Beispiel vorangeht. Natürlich können wir die vorhandenen strukturellen Probleme auch so nicht lösen. Für Personen mit einem niedrigen Einkommen besteht das Risiko der Altersarmut. Eine Verbesserung der Altersvorsorge durch die Erhöhung der Sparbeiträge könnte helfen, Folgekosten, welche auf dem Sozialamt anfallen würden, zu senken. In der Stadt Baden werden auch gute und sehr gute Löhne gezahlt. Diese Personen werden auch mit dem gesenkten Umwandlungssatz der APK, so wie er heute prognostiziert werden kann, relativ gut durch das Alter kommen. In diesem Zusammenhang würden wir gerne vom Stadtrat wissen, ob es umsetzbar wäre, in den höheren Lohnklassen auf diese Sparbeiträge zu verzichten. Einem System, bei dem nicht alle den Sparbeitrag erhalten würden, könnten wir mit mehr Begeisterung zustimmen.

### **Michael Rinderknecht**

Die Stadt Baden möchte eine attraktive Arbeitgeberin sein. Das ist sie angesichts der Arbeitsplatzsicherheit, dem neuen Lohnkonzept und dem Teuerungsausgleich zweifellos. Die Stadt sieht ihre Attraktivität jedoch von einem externen Faktor gefährdet, nämlich von der Pensionskasse APK, der sie angeschlossen ist. Dabei wird argumentiert, dass der Umwandlungssatz von 5,9 auf 5,3 gesenkt worden sei. Der Umwandlungssatz ist im Prinzip nichts Anderes als die Zahl 100 durch die Restlebensjahre ab dem gesetzlichen Pensionsalter, oder anders gesagt, das, was vom angesparten Kapitel pro Jahr zur Verfügung steht. Sinkt diese Zahl, heisst das, dass die Lebenserwartung gestiegen ist. Der mathematisch korrekte Umwandlungssatz wäre unter 5. Alles, was darüber hinaus ausbezahlt wird, wird irgendwann den jetzt Arbeitenden fehlen. Es gibt erfolgreiche und weniger erfolgreiche Pensionskassen. Es gibt vorsichtige und solche, die das Kapital der arbeitenden Versicherten bereits jetzt an die Renten verteilen. Die APK verzinst zum Minimalzinssatz von einem Prozent. Sie ist somit entweder vorsichtig oder wirtschaftlich nicht in der Lage, mehr ausbezahlen. Eine Pensionskasse mit sehr gutem Ertrag kann höher verzinsen oder den Umwandlungssatz höher halten als die Lebenserhaltung es zulassen würde. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die heutigen Umwandlungssätze zu hoch sind. Im obligatorischen Teil wird von Gesetzes wegen bis zu einem Lohn von CHF 85'320 ein Umwandlungssatz von 6,8 garantiert. Somit ist klar, dass erst die Löhne über der Senkung des Umwandlungssatzes betroffen sind. Es ist wiederum klar, wieso nur ca. 10% der Angestellten freiwillig ein Prozent zusätzlich in die APK einbringen wollen. Für die meisten Angestellten stellt sich die Frage der Kompensation der sinkenden Umwandlungssätze gar nicht. Wieso also die Kaderförderung auf Kosten der Steuerzahlenden? Was sagen wir dem einfachen Badener Steuerzah-



lenden, der evtl. keine 60%-Pensionskassenbeteiligung vom Arbeitgeber kennt? Wieso soll er etwas bezahlen, was für ihn selber unerreichbar ist? Wo ist die Wertschätzung gegenüber ihm, wenn man ihm eine pro Kopf-Schuld von CHF 4'500 und steigend zumutet.

Die vorgeschlagene Massnahme ist aus den genannten Gründen abzulehnen. Es ist eher zu prüfen, ob der Wechsel in eine attraktivere Pensionskasse möglich wäre. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Attraktivität für eine Pensionskasse für Staatsangestellte über die Steuerzahlenden zu gewährleisten, ist grundsätzlich falsch.

### **Olivier Funk**

Das team baden hat sich mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Wir haben zur Problematik schon viel gehört. Ich verzichte deshalb auf diesen Teil meines Votums. Ich beziehe mich auf die Aussage, der Stadtrat begründe das Ganze mit der Arbeitgeberattraktivität. Dieses Argument sollte man nicht ausser Acht lassen. Es sollte in unserem Interesse liegen, eine Stadtverwaltung mit motivierten Mitarbeitenden zu haben. Es wird immer schwieriger, auf dem heutigen Arbeitsmarkt gute Leute zu finden. Der Arbeitgeber muss sich überlegen, wie er seine "Braut" hübscher machen kann, um attraktiver zu wirken. In diesem Zusammenhang sollte man wissen, was den Arbeitnehmenden wichtig ist. Gemäss dem Indikator, das Sorgenbarometer, der Crédit Suisse, welcher regelmässig herausgegeben wird, gehört die Altersvorsorge zu den grössten Sorgen der Bevölkerung. Im letzten Jahr befand sie sich sogar auf Platz 1. Das zeigt, dass es ein Thema ist, das bewegt. Es ist auch ein Thema, mit dem sich die jüngeren Arbeitnehmenden auseinandersetzen, vielleicht nicht im gleichen Mass, wie jemand, der kurz vor der Pensionierung steht. Viele Firmen würden es nicht machen, hiess es. Es wird vielleicht nicht genau diese Massnahme ergriffen. Jede Firma muss sich heutzutage jedoch überlegen, wie sie ihre Arbeitgeberattraktivität steigern kann. Das wäre ein möglicher Weg.

Wir vom team baden finden den Weg sinnvoll. Wir glauben, dass es wichtig ist, dass auch Baden weiterhin ihr Employer Branding steigert und darin investiert. Deshalb wird das team baden dem Antrag zustimmen.

### **Toni Ventre**

Sie wissen, dass ich im Hauptberuf Metzger bin. Mein Hobby ist es, mich mit Pensionskassenfragen täglich herumzuschlagen. Thema bei allen Pensionskassen ist die Umwandlungssatzsenkung. Wir haben eine schöne Ausgangslage. Wir leben alle länger.

In der Vergangenheit war es so:

Im Jahr 2000 hatte ein Mann mit 65 Jahren noch 17,8 Jahre zu leben und konnte von der Rente zehren, eine Frau 21,09 Jahre. 2012 war der Mann bereits bei 19,77 Jahre angelangt. Die Frauen wurden nur ein Jahr älter. Wenn wir die Statistiken der APK für öffentlich-rechtliche Mitarbeitende anwenden, sieht es noch schlechter aus. Sie leben nämlich noch ein Jahr länger. Deshalb müssen wir den Umwandlungssatz senken. Der richtige Umwandlungssatz wäre aktuell bei 4,9%. Die jüngeren unter uns, z.B. Martina Niggli, würden wahrscheinlich noch eine 3 vor dem Umwandlungssatz haben. Wie können wir dem entgegenwirken? Wenn wir wenigstens 4 - 5% Zins hätten wie in den letzten Jahrzehnten, könnten wir es auffangen. So ist es leider nicht. Eine CS-Studie hat vorausgesagt, dass erst etwa 2040 Zinsen von etwa 2% zu erwarten seien. Ich werde dann 76 Jahre alt sein. Wie können wir das Problem lösen? Die Pensionskassen könnten mehr Zins ausschütten. Wie schon erwähnt, ist das allerdings schwierig. In der Vor-

lage wurde nicht erwähnt, dass die APK 2018 eine Zusatzgutschrift von 2,5% gewährte, um es etwas abzufedern. Man könnte das Rücktrittsalter heraufsetzen, was politisch sehr umstritten ist. Wir könnten die Beiträge erhöhen. Das werden wir machen müssen, vor allem für die jungen Leute.

Ein Beispiel:

Ein 20-Jähriger würde 45 Jahre lang 1% mehr von seinem Lohn in die Pensionskasse zahlen. Er würde 45% seines Lohns sparen. Antonio Ventre würde, wäre er in dieser Pensionskasse, zusammen mit dem Arbeitgeber, knapp 10 Jahre 1% sparen. Das wären 10%. Mir bringt es praktisch nichts mehr, aber einem jüngeren Mitarbeitenden sehr wohl. Deshalb müssen wir für die jüngere Generation jetzt schon die Beiträge erhöhen. Die ältere Generation profitiert vom aktuell viel zu hohen Umwandlungssatz.

Ich und meine Kollegen sind dafür, der Vorlage zuzustimmen. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Ich bin überzeugt, dass die meisten Arbeitgeber mitziehen werden. Die SBB zahlt z.B. bei den Jungen 1,5% mehr, weil sie einen niedrigen Umwandlungssatz haben. Ich bin als Einwohnerrat auch Arbeitgeber der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Ich möchte nicht ein Arbeitgeber sein, der eine schlechte Altersvorsorge bietet. Wir müssten über die Bücher, ob wir bei der richtigen Pensionskasse sind. Das war auch ein Thema der Budgetkommission. Das wäre auch eine Möglichkeit, die Kosten zu senken.

Bitte stimmen Sie der Vorlage zu – den Jungen zuliebe.

### **Sander Mallien**

Zu Toni Ventre:

Laut meiner Interessenbindungsliste befasse ich mich, im Gegensatz zu ihm, nicht hobbymäßig mit Pensionskassen.

Zu Olivier Funk:

Standortattraktivität: Ich bin auch der Meinung, dass es viele Faktoren gibt. Ein heisses Thema, das die Jungen leider mehr interessiert, ist z.B. der Vaterschaftsurlaub. Der ist viel höher gewichtet als die Pensionskasse, vielleicht fälschlicherweise. Der Arbeitsweg, die Nähe zu einer KITA gehören z.B. auch zu einer Standortattraktivität. Es gibt viele Faktoren, die zur Standortattraktivität gehören.

Ich begrüsse es, dass der Stadtrat sich mit dem Thema befasst, wie man die Situation verbessern könnte. Ich finde, es ist der falsche Zeitpunkt. Der Stadtrat hat den Auftrag, einen möglichen Wechsel der Pensionskasse vorzunehmen. Offenbar ist er schon dabei. Weshalb will man nun eine Lösung übers Knie brechen, wenn man vielleicht nächstes Jahr eine bessere Lösung hat? Ich plädiere dafür abzuwarten, bis wir Tatsachen haben.

Man spricht immer von Privatwirtschaft und Öffentlicher Hand. Wenn ich richtig orientiert bin, haben die Staatsangestellten beim Kanton keine solche Lösung erhalten. Die APK hat allen Versicherungsnehmenden mit einem Brief zwei Optionen eröffnet: Freiwilliges Sparen und Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags. Erarbeiten eines neuen Vorsorgeplans mit Beteiligung in verschiedener Höhe des Arbeitgebers.

Die Kantonsspitäler Baden und Aarau und eine grosse Arbeitnehmergruppe, die gewerkschaftlich sehr von sich reden macht, nämlich die Lehrerschaft, erhalten es auch nicht. Wir sollten ein Jahr bis zum Resultat abwarten und danach aufgrund von Tatsachen, einen Entscheid fällen.

### **Doris von Siebenthal**

Ich bin nicht sicher, ob ich in meinem Alter jemals pensioniert werde. Wir wissen relativ wenig über die finanzielle Lage in 10 bis 20 Jahren. Als ich 20/25 Jahre alt war, kümmerte mich die Pensionskasse herzlich wenig. Damals war das Thema noch weit weg. Heute muss ich feststellen, dass ich rasenden Schrittes 50 Jahre alt geworden bin. Da fängt man an zu überlegen, was man noch einzahlen muss, wo die Kasse Lücken aufweist. Ich halte es mit Toni Ventre. Ich glaube, dass wir die jungen Leute fast dazu zwingen müssen, einen Beitrag zu leisten. Hier ist es wichtig, dass die Stadt vorausgeht und den Beitrag auch partizipativ erstattet.

Dem Antrag ist in diesem Sinne stattzugeben.

### **Michael Brandmaier**

Wir haben den Beitrag von 5,9 auf 5,3% gesenkt. Wir haben im Einwohnerrat mehrfach gehört, es solle weitergehen. Werden wir jedes Mal den Beitrag unserer Arbeitnehmenden wieder kompensieren? In der Privatwirtschaft und in anderen öffentlichen Institutionen passiert es nicht.

Es ist eine Umverteilung von denen, die es nicht erhalten, zu denen die es erhalten. Diejenigen, die es nicht erhalten, zahlen es über die Steuern denjenigen, die es erhalten. Es betrifft sehr viele Arbeitnehmende, die keinen jährlichen Lohn von CHF 85'000 beziehen. Ich finde das unfair.

Deshalb werde ich dem Antrag nicht zustimmen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir haben offensichtlich viele Pensionskassenspezialisten im Einwohnerrat. Zumindest haben sich alle mit diesem Thema auseinandergesetzt, was gut ist. Ich möchte deshalb nicht wiederholen, was schon besprochen wurde. Sie wissen, dass wir diese Budgetkommissions-Massnahme zurzeit überprüfen.

Ich möchte zuerst auf die Frage von Corinne Schmidlin eingehen:

Wir haben bei der APK nachgefragt. Die Antwort lautet: Es unterschiedlich zu handhaben, ist grundsätzlich nicht üblich, man könnte es aber wahrscheinlich machen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass grosse Unternehmen, z.B. ABB, Swisscom oder SBB es so handhaben. Es gibt auch KMU in der Stadt Baden, die durchaus dran sind, es zu machen oder schon gemacht haben. Für uns als Standort ist es entscheidend, zu wissen, wie die umliegenden Gemeinden damit umgehen, um mit ihnen Schritt halten zu können.

Das hat nichts mit der Lohnerhöhung zu tun. Die Lohnerhöhung um 1% haben wir budgetiert. Wie ich gestern gesagt habe, muss sie noch mit den Personalverbänden verhandelt werden. Nächstes Jahr müssen wir bezüglich Lohnerhöhung erneut entscheiden. Die Lohnerhöhung ist abhängig von der Entwicklung. Es ist nicht sinnvoll, die beiden Sachen miteinander zu vermi-

schen. Es geht um die junge Generation. Bei vielen Vorstellungsgesprächen wird nach der Pensionskasse gefragt. Die Leute interessieren sich durchaus dafür, und es hat direkt mit der Attraktivität des Arbeitgebers zu tun. Für die umliegenden Gemeinden ist es durchaus üblich. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass es eine sinnvolle Massnahme ist. Es hat auch nicht mit einem allfälligen Wechsel der Pensionskasse zu tun.

Wir sind der Meinung, jetzt reagieren zu müssen. Ob wir in Zukunft, wenn wieder eine Senkung ansteht, wieder so reagieren werden, müssen wir dann beurteilen, genauso wie wir jedes Jahr aufs Neue beurteilen müssen, wie hoch die Lohnerhöhung ausfallen wird. Mit der Vorlage wollen wir transparent sein und Sie darüber entscheiden lassen. Wir stellen es nicht einfach ins Budget. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er ein wichtiges Zeichen setzen kann. Es dient der jungen Generation, die in der Regel noch keine hohen Löhne bezieht. Sie sollen lange davon profitieren können. Wir sollten es laufend überprüfen, wenn sich die Situation ändern sollte. Wir sind auch der Meinung, dass der Einwohnerrat darüber entscheiden sollte.

Wir bitten Sie, zugunsten einer attraktiven Arbeitgeber-Stadt Baden der Vorlage, wie sie vorliegt, zuzustimmen.

### **Adrian Humbel**

Ich habe mehrmals gehört, die Stadt Baden solle mit gutem Beispiel vorausgehen. Ich möchte mit meinem Unternehmen gerne dem guten Beispiel folgen und es ebenfalls machen. Ich beantrage der Stadt einen Kredit für meine Firma zulasten des Steuerzahlers zur Erhöhung meiner Pensionskassenbeiträge. Darf ich das tun?

### **Beschluss:**

Die zur Erhöhung der Sparbeiträge bei der APK Aargauische Pensionskasse um 1% auf den 1. Januar 2020 notwendigen jährlich wiederkehrenden finanziellen Mittel (Ausgaben) von CHF 121'225 (Preisstand 2020) werden genehmigt.

## **6. Schulanlage Burghalde; Wettbewerb und Planung Sanierung Burghalde 1; Kostenverschiebung und Zusatzkredit (42/19)**

### **Fritz Bosshardt, Präsident Finanzkommission**

Der Zusatzantrag kommt für die Finanzkommission nicht überraschend. Bereits in der Januarsitzung wurde der Einwohnerrat über die Kostenverschiebung und Mehrkosten im Rahmen der Fassadensanierung informiert. Die Finanzkommission stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu. Wir sind erstaunt über die Art und Weise, wie der Ersatz der Fenster von Singsaal und Turnhalle in die Vorlage hineingeschmuggelt worden ist. Für die Finanzkommission fehlt eine klare Kosten-/Nutzenanalyse, die den Fensterersatz rechtfertigen würde. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass solche, nicht nötigen Mehraufwände in separaten Anträgen formuliert werden, damit der nicht zwingend notwendige Aufwand für den Einwohnerrat klar ersichtlich ist.

## **Margreth Stambach**

Die Grünen nehmen die Kostenverschiebung zur Kenntnis, weil die neue Aufteilung für die Abwicklung des Projekts sinnvoll ist und weniger Aufwand bedeutet. Dem Zusatzkredit für die Beton- und Fassadenputzsanierung stimmen wir ebenfalls zu. Die Investitionsfolgekosten nehmen wir zur Kenntnis. Leider ist es zu Überraschungen gekommen, wie es leider bei Renovierungen von alten Gebäuden kommen kann. Man entdeckt Schäden, die vorher nicht bekannt waren, die höhere Kosten nach sich ziehen. So kostet der Umbau des Schulhauses Burghalde mehr als bewilligt. Die Mängel am Fassadenputz wurden erst nach der Genehmigung des Kredits entdeckt. Die Fassadenrenovation ist aber zwingend notwendig, auch aus Sicherheitsgründen. Der Ersatz der Fenster der Turnhalle und des Singsaals ist ebenfalls im Zusatzkredit enthalten, obwohl er nicht zwingend notwendig ist. Wir können es jedoch nachvollziehen, weil ein nachträglicher Ersatz zu höheren Kosten führen würde. Im Übrigen kann man die neuen Fenster mit einem Sonnenschutz versehen, was das Raumklima in der Turnhalle verbessern wird und Vorteile für den Sportunterricht bringt. Wir finden es jedoch auch komisch, dass man den Fensterersatz im Zusatzkredit versteckt und nicht mit einem separaten Antrag eingereicht hat.

Die Grünen erachten aber den Ersatz der Fenster als sinnvoll und stimmen dem Kredit zu.

## **Adrian Humbel**

Die FDP ist mit der Kostenverschiebung einverstanden. Wir finden das Vorgehen sinnvoll. Submissionsrechtlich konnte es nicht anders abgewickelt werden, um die beiden verschiedenen Architektenteams auszuwählen. Die Architekten nun so weiter arbeiten zu lassen, dass zwei Architekten im gleichen Gebäude Sanierungen durchführen, finden wir nicht sinnvoll. Die Kurskorrektur ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Zum Zusatzkredit gibt es zwei Betrachtungsweisen:

Es ist klar, dass wenn man zum Zahnarzt geht und ein neues Röntgenbild erstellt wird, und der Zahnarzt der Ansicht ist, ein Zahn sei faul, es nur eine Vorgehensweise gibt: Das Portemonnaie aufmachen und dem Zahnarzt den Zahn flicken lassen. Bei einem Gebäude ist es nicht anders. Wenn festgestellt wird, dass die Fassade nicht mehr in Ordnung ist, muss man sie sanieren. Das als verdeckten Mangel zu bezeichnen, finden wir Bauleute etwas komisch. Verdeckte Mängel gibt es nach fünf Jahren und nicht nach etwa 90 Jahren. Das Thema Fensterersatz war bei uns auch ein Diskussionspunkt. Wir erachten es auch als sinnvoll, es jetzt durchzuführen. Wenn man einen Fassadenputz verändert ohne die Fenster zu ersetzen, welche 30 bis 40 Jahre alt sind, ist das ein Schildbürgerstreich. Wir fragen uns allerdings, wieso das Ganze erst jetzt und nicht schon im Baukredit enthalten war. Wir wussten schon damals, dass die Fenster aus dem Jahr 1998 sind, damit die Lebensdauer erreicht haben und ersetzt werden müssten. Es ist eigentlich auch klar, dass man einen Fassadenputz bevor man einen Kostenvoranschlag macht, analysiert. Mit dem Vorgehen sind wir nicht ganz glücklich.

Wir stimmen aber grundsätzlich den Anträgen zu.

## **Conrad Peter**

Die vom Stadtrat vorgelegte Vorlage hat zwei Hauptanträge. Der erste betrifft die Schnittstellenbereinigung. Wir erachten es als zweckmässig, dass auf der Baustelle effizient weitergearbeitet werden kann. Es ist im Übrigen auch kostenneutral. Wir werden dem Antrag 1 sicherlich zustimmen.

Der 2. Antrag betrifft die Sanierung der Fassade und der Ersatz der Fenster. Wenn man ein altes Haus anfasst, stösst man wahrscheinlich auf Überraschungen. Im Vorfeld wurden Abklärungen getroffen, die allerdings nicht gezeigt haben, dass die Fassade ersetzt werden muss. Erst durch die Vibrationen bröckelte ein Teil der Fassade ab, und man entschied sich für eine Sanierung. Das Vorgehen, es sofort zu machen und die Fenster ebenfalls zu ersetzen, erscheint uns zweckmässig. So können die Schülerinnen und Schüler in eine sanierte Liegenschaft einziehen. Adrian Humbel hat erwähnt, dass die FDP sich über die Salami-taktik beschwerte. Man hatte damals eine Limite von CHF 10 Mio. So hat man es aus dem Gesamtkredit genommen.

Wir von der CVP werden der Vorlage zustimmen.

## **Daniel Glanzmann**

Die Kostenverschiebung macht auch für uns Sinn.

Unsere Fraktion kann aus folgenden Gründen einem Zusatzkredit für die Schulanlage Burghalde nicht zustimmen:

Es wurde im Vorfeld viel Geld für Projektierung und Bestandsaufnahme usw. ausgegeben. Dass eine professionelle Bauherrin, wie die Stadt Baden, nicht wusste, dass ein 90-jähriger Beton den heutigen Qualitätsanforderungen nicht genügt, ist fast ein wenig beschämend.

In der Vorlage steht folgender Satz:

"Aufgrund der Untersuchungen war nicht ersichtlich, dass die gesamte Fassadenbetonkonstruktion des Schulhauses bei der Erstellung 1929/1930 mangelhaft ausgeführt wurde (keine bzw. zu wenig Betonüberdeckung der Eisen. Diese verdeckten Mängel wurden erst mit dem Abplatzen des Putzes im Herbst 2017 sichtbar."

Das ist eine unglaubliche Feststellung, 90-jährige verdeckte Mängel! Eine Beleidigung der damals beteiligten Baufachleute. Verdeckte Mängel verjähren laut Gesetz nach fünf Jahren.

Putze kann man übrigens in Kürze mit einfachsten Mitteln überprüfen (Hammertest, einzelne Sondagen und optisch).

Ebenso wurde bei den Fenstern eine ungenügende Voruntersuchung gemacht. Plötzlich merkt man, dass diese im Jahr 1998 nicht ersetzt wurden.

Das ist für uns zu viel "Salami-Taktik" vonseiten Stadtrat. Wir finden, dass diese Mehrkosten im laufenden Projektkredit zu kompensieren sind. Deshalb noch folgende Fragen:

- Wie sieht der aktuelle Kostenstand (Soll/Ist) bei der Sanierung Burghalde aus?
- Wie sieht der aktuelle Kostenstand (Soll/Ist) beim Sekundarstufenzentrum Burghalde aus?

Bei dieser Projektgrösse müssten monatliche Kostenprognosen und Kontrollen vonseiten Bauherrin Standard sein und zeitnah zur Verfügung stehen.

Wir empfehlen Ihnen, diesen Zusatzkredit abzulehnen.

### **Sandra Kohler, Stadträtin**

Von Salami taktik kann keine Rede sein. Unsere Abteilung Planung und Bau war sicherlich alles andere als erfreut, als der Kredit für den Neubau und die Sanierung bewilligt war und man feststellen musste, dass eine Pendeuz auf einem zukommt, die Mehrkosten generieren würde. Der Betrag wurde damals heiss diskutiert. Es wurde klar geäussert, was kostenmässig drin liegen würde und was nicht. Das war für uns alles andere als angenehm. Es war nicht unsere Absicht, die Fenster "hineinzuschmuggeln". Wir werden das in Zukunft in einem separaten Antrag ausweisen. Das erachte ich auch als sinnvoll. Es passierte aber nicht in böser Absicht. Man kann sicherlich auf die Fenster verzichten. Wir sind allerdings der Meinung, es mache keinen Sinn. Die Fenster sind über 35 Jahre alt. Gemäss den vorliegenden Richtlinien sollte man Fenster spätestens nach 40 Jahren ersetzen. Sie haben einen schlechten Isolationswert, es ist eine energetische Katastrophe. Das Gerüst wird bereits aufgebaut. Da ist es sinnvoll, die Fenster zu ersetzen und nicht einige Jahre zuzuwarten. Wir haben eine Grobkostenschätzung gemacht. Um das Gerüst aufzustellen, die Fenster zu ersetzen und die Fassade auszubessern usw. rechnen wir mit ca. CHF 400'000. Deshalb empfehlen wir Ihnen, diesen Fensterersatz so durchführen zu lassen.

Zu den verdeckten Mängeln: Obwohl ich keine Juristin bin, ist mir klar, dass es für verdeckte Mängel eine Verjährungsfrist gibt. Es wurde vielleicht unglücklich formuliert. Wir haben es jedoch nicht im juristischen Sinn gemeint, sondern "verdeckt" in dem Sinn, dass man es bei der ersten Analyse für den ursprünglichen Kredit nicht festgestellt hat.

Selbstverständlich war angedacht, eine Rissanierung der Fassade durchzuführen. Wir sind aber nicht vom jetzigen Umfang ausgegangen. Es ist ein über 90-jähriger Beton. Wir haben festgestellt, dass er schlechter Instand ist, als ursprünglich angenommen. Als wir es realisiert haben, war der Verputz bereits abgeplatzt. Der Umfang des Schadens wird erst ersichtlich sein, wenn der ganze Verputz entfernt worden sein wird und man erkennen kann, wie es darunter aussieht.

Zum Kostenstand: Ich habe ihn nicht dabei. Wir können ihn aber nachliefern. Vom Projektteam weiss ich aber, dass wir kostenmässig sehr gut unterwegs sind. Wir haben ein gutes Projektteam, das zeitlich und kostenmässig ein strenges Regime führt.

### **Daniel Glanzmann**

Wenn Sie kostenmässig gut unterwegs sind, brauchen Sie keinen Kredit.

Betreffend Gerüst: Das Gerüst würde sowieso aufgestellt, da das Gebäude neu gestrichen wird. Für eine Untersuchung der Fassade braucht es lediglich einen Kundenmaurer mit einem Hammer. Er muss nicht einmal klopfen. Er läuft ums Haus herum und zieht den Hammer der Fassade nach und kann Ihnen innerhalb kürzester Zeit sagen, wo sich die hohlen Stellen befinden. Man hätte noch zwei, drei Sondagen machen können. Das hätte ca. CHF 1'000 gekostet, und man hätte über den Zustand der Fassade Bescheid gewusst. Das ist leider nicht gemacht worden.

## **Sandra Kohler, Stadträtin**

Ich möchte Jarl Olesen das Wort übergeben, damit er auch dazu Stellung nehmen kann. Ich kann nur dazu sagen, dass wir eine gute Abteilung Planung und Bau und tolle Fachleute haben. Ich bin überzeugt, dass die Arbeit sauber ausgeführt wurde. Sie alle wissen, dass wenn man Gebäude anlangt, Überraschungen erleben kann.

## **Jarl Olesen**

Sie haben nur mit der Rissanierung gerechnet. Das Gebäude ist relativ alt. Wir haben einen Fachmann vorbeigeschickt, der "geklopft" hat. Wir haben verschiedene Hohlstellen entdeckt. Wir hatten vor allem aber Pläne aus jener Zeit, wo relativ viel gemauert worden war von der Fassade und relativ wenig betoniert. Man hat anders ausgeführt, als damals gezeichnet worden war. Vor allem bei alten Gebäuden, kommt das immer wieder vor. Weil viel mehr betoniert worden ist, haben wir viel grössere Flächen, die Probleme bereiten, so wie die Putzhaftung. Deshalb bröckelt viel mehr ab, und wir müssen leider alles sanieren.

## **Beschluss**

Von der Kostenverschiebung und den neuen Gesamtkosten für das Sekundarstufenzentrum Burghalde und die Sanierung des Schulhauses Burghalde 1 wird Kenntnis genommen.

Für die Beton- und Fassadenputzsanierung des Schulhauses Burghalde 1 sowie den Ersatz der Fenster der Turnhalle und des Singsaals wird ein Zusatzkredit von brutto CHF 1'756'000 (inkl. MWST, Kostengenauigkeit  $\pm$  10%) bewilligt.

Von den jährlich wiederkehrenden Investitionsfolgekosten von CHF 84'315 zulasten der laufenden Rechnung wird Kenntnis genommen.

## **7. Postulat Michael Staubli und Nadia Omar vom 13. Dezember 2017 betreffend Begegnungszone Bahnhofstrasse (18/18); Antrag auf Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

### **Omar Nadia**

Michael Staubli und ich haben uns in diesem Postulat einen Platz zwischen dem Gleis 1, der Tunnelgarage und dem Coop City gewünscht. Weniger Geländer, weniger Absperrungen und weniger Leitplanken. Wir müssten eigentlich enttäuscht sein. Wir sind jedoch trotzdem einverstanden, das Postulat abzuschreiben. Wir möchten dem Stadtrat jedoch einen Auftrag erteilen. Wir helfen, das Postulat abzuschreiben, dafür kommen Sie uns auch entgegen. Bitte reden Sie mit der RVBW und der Postauto AG und sehen Sie zu, dass die Fahrerinnen und Fahrer sensibilisiert werden, auf dieser Strecke das Temporegime einzuhalten. Seit das Gleis 1 geöffnet wurde, was geschätzt und rege genutzt wird, hat es mehr Fussgängerinnen und Fussgänger und Velokreuzungen über diese Strasse. Es ist dort besonders wichtig, langsam und vorsichtig zu fahren, was zurzeit, besonders bei den Bussen, nicht der Fall ist.

Wir haben die Antwort gründlich gelesen. 2030 soll eine Totalsanierung anstehen. Deshalb wünschen wir uns auf 2030, dass dieser Perimeter komplett neu geplant wird. Wir wünschen uns Visionen im Städtebau. Wir stellen uns eine unterirdische Veloplatzanlage, unter den Gleisen wie in Winterthur, vor. Wir stellen uns eine wunderschöne Bepflanzung vor oder eine komplett



neue Unterführung mit rollstuhlgängigen Aufgängen auf die SBB-Perrons. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten wir gerne eine Begegnungszone. Das waren jetzt vielleicht viele Wünsche auf einmal. Nehmen Sie sie doch in Ihre finanzielle Langfristplanung auf, vielleicht als Teil des REK. Wir werden es schriftlich in einem neuen Vorstoss nachreichen.

### **Selena Rhinisperger**

Dass an der Bahnhofstrasse zum jetzigen Zeitpunkt keine grossen baulichen Veränderungen geplant werden, findet die SP-Fraktion nachvollziehbar. Wir sind deshalb mit den vorgeschlagenen kurzfristigen Massnahmen einverstanden. Wir werden das Postulat trotzdem nicht abschreiben.

Wir fordern eine nochmalige Prüfung einer durchgehenden 20-Zone,

1. weil ein einheitliches Temporegime über die ganze Bahnhofstrasse, wo man sowieso nicht schneller fahren kann, sinnvoll ist;
2. weil die geplante Entfernung des Gitters beim Coop-City-Gebäude einer Massnahme entspricht, die auf eine Begegnungszone hinwirken soll, was wir begrüessen. Diesem Umstand soll jedoch auch sicherheitstechnisch Rechnung getragen werden, indem man die dazugehörige Strasse auch zur Begegnungszone mit Tempo 20 erklärt;
3. weil das Etikett "Begegnungszone über die ganze Bahnhofstrasse" eine Signalwirkung hätte, welche die Wirkungen der wenigen Massnahmen, die man umsetzen will, verstärken würde. Wir sind sicher, dass man sich dadurch in ein paar Jahren mehr als eine Strasse vorstellen könnte. Der Weg für eine richtige Begegnungszone am Bahnhof würde damit geebnet werden;
4. weil man durch die Erklärung der Bahnhofstrasse zur Begegnungszone, man beim Agglomerationsprogramm auch Gelder für künftige bauliche Massnahmen einholen könnte.

Wir hoffen, dass einige von Ihnen das auch so sehen, und das Postulat mit der Forderung nach einer erneuten Prüfung einer durchgehenden 20-Zone noch nicht abschreiben.

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme durch die Postulanten. Wir werden der Forderung, mit der RVBW und Postauto AG das Gespräch zu suchen, nachkommen. Die Aussagen von Nadia Omar und Selena Rhinisperger stimmen nicht ganz überein, was die Einhaltung der Geschwindigkeit von 20 km/h betrifft.

Ich habe Wünsche betreffend 2030 gehört. Die zu unternehmenden Schritte haben wir in der Vorlage dargelegt. Selbstverständlich ist eine Unterführung ein Thema. Es sind aber hauptsächlich Niveauunterschiede ein Thema. Wenn eine Sanierung ansteht, müsste man auch diese Angelegenheit angehen, immer im Bewusstsein der finanziellen Möglichkeiten 2030.

Die SP fragt, wieso nicht Tempo 20 eingeführt wird. Wir sind der Meinung, dass Tempo 20 eine Begegnungszone voraussetzen würde. Ich finde den Vergleich der Weiten Gasse mit der Bahnhofstrasse gewagt. Bei der Weiten Gasse haben wir ein paar Millionen investiert, damit sie in der Gestaltung einen solchen Platzcharakter aufweist. Zurzeit fahren wieder viele Busse durch die Bahnhofstrasse. Im Moment entspricht sie einer Tempo-30-Zone. Wir sind der Meinung, diese

so zu belassen. Selbstverständlich ist dafür zu sorgen, dass die vorgeschriebene Geschwindigkeit eingehalten wird. In Zukunft werden wir mit den kurzfristigen und mittelfristigen Massnahmen einen ersten Schritt machen.

Ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben.

## **Beschluss**

Das Postulat Michael Staubli und Nadia Omar vom 13. Dezember 2017 betreffend Begegnungszone Bahnhofstrasse (Abschnitt Bahnhofplatz bis Tunnelgarage) wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschrieben.

## **8. Postulat Gian von Planta vom 6. Mai 2019 betreffend Wert der Beteiligung an der Stadtcasino Baden AG (27/19); Antrag auf Nichtüberweisung**

### **Gian von Planta**

Das von mir eingereichte Postulat fordert auf keinen Fall den Verkauf der Aktien, zumindest nicht unmittelbar. Im Postulat geht es darum, den Wert der Beteiligung zu prüfen. Der ist heutzutage nicht ganz klar. In den Büchern stehen CHF 5 Mio., was sicherlich zu wenig ist. Sie sind einem stark schwankenden Aktienkurs unterworfen. Es können mal CHF 50 Mio., mal CHF 25 Mio. sein. Es geht nur um einzelne Aktien und nicht um eine Aktienmehrheit. Es ist wichtig, den Wert zu kennen, weil wir nur dann vernünftig entscheiden können, was wir mit den Aktien machen wollen. Es ist etwas Anderes, wenn das Aktienpaket CHF 15 Mio. Wert ist oder CHF 50/60 Mio. Mit CHF 15 Mio. und einer Dividende von CHF 1 Mio. ist es aus finanztechnischer Sicht sehr vernünftig. Sollten es jedoch CHF 50 oder CHF 60 Mio. sein, müssten wir uns gut überlegen, ob wir das Risiko eingehen sollten. Wir müssten uns dann bewusst sein, dass der Wert wieder sinken könnte, und zwar relativ einfach mit einer Regulierung vom Bund oder aus dem Ausland.

Aus diesem Grund finde ich es wichtig, das Postulat zu überweisen. Der Zeitpunkt wäre der richtige. Wenn wir den Auftrag vergeben, wären wir 2020 bereit für die Diskussion über die weitere Strategie dieser Beteiligung.

### **Benjamin Steiner**

Für mich persönlich ist die Sache klar. Das Betreiben eines Spielcasinos ist grundsätzlich nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Wenn die Stadt trotzdem die Mehrheit am Casino hält, dann soll sie wenigstens verbindlich mitbestimmen können. Wie wir aber mehrmals gesehen haben, ist die Eigentümerstrategie der Stadt Baden für den Verwaltungsrat des Casinos etwa so verbindlich wie der Koran für den Papst. Man muss sich deshalb ernsthaft fragen, ob eine saubere Trennung von Stadt und Casino nicht ehrlicher und korrekter wäre. Um die Frage dieser möglichen Scheidung fundiert beantworten zu können, müssen die Fakten auf den Tisch. Unter anderem muss auch der Wert des Casinos bekannt sein. Falls dieser Wert sehr hoch ist, könnte es nämlich sein, dass sich der vermeintliche Goldesel Casino bei genauem Hinsehen als heilige Kuh entpuppt, welche die Stadt mit Almosen abspeist, während wir den Vogel Strauss spielen und dem geschenktem Gaul nicht ins Maul schauen. Aus diesem Grund stimme ich und ungefähr 50% des teams baden gegen den Antrag des Stadtrats, also für die Überweisung des Postulats.

Allerdings – Sie haben es geahnt – gibt es auch noch die andere Hälfte des teams, die das Ganze doch etwas anders sieht. Die Argumentationskette dieser Hälfte funktioniert wie folgt (und jetzt muss ich noch den Hut wechseln!):

Natürlich wäre es schön, den Wert des Casinos zu kennen. Aber die Aktien des Casinos sind nicht kotiert, und es gibt dafür keinen Markt. Deshalb lässt sich der Wert eben nicht, wie vom Postulant gefordert, durch "Beauftragung einer externen, spezialisierten Firma", eruieren. Das ist etwa so absurd, wie wenn man den Wert der Schwiegermutter bestimmen möchte, indem man sie auf eBay zum Verkauf ausschreibt, aber bei "Verfügbare Menge" Null eingibt. Es ist ergo faktisch unmöglich, den Wert zu bestimmen, ausser durch ein konkretes, ernst gemeintes Verkaufsangebot.

Aus ethischer Sicht muss ausserdem die Kernfrage lauten: "Ist es Aufgabe der Stadt, ein Casino zu führen oder nicht?" Für die Beantwortung dieser Frage ist der Verkaufswert vollkommen unerheblich. Es ist eine Grundsatzfrage. Diese werden wir uns im Rahmen der regulären Überprüfung ohnehin nächstes Jahr wieder stellen.

Ich habe Ihnen die beiden Betrachtungswinkel der Causa Casino aus Sicht des teams baden schonungslos ehrlich dargelegt. Ich komme zum bedauernswerten Schluss, dass das team in dieser Abstimmung für einmal keine Rolle spielen wird. Wir werden uns bei der Abstimmung gegenseitig auslöschen.

### **Antonia Stutz**

Wir sind zwar liberal, aber wir mögen es nicht, immer wieder Grünzeug wiederzukäuen. Wir kommen uns ein wenig vor wie Wiederkäuer bei diesem Thema. Es ist knapp ein Jahr her, seit wir über die Eigentümerstrategie diskutiert haben. Wenn Gian von Planta schon eine Unternehmensbewertung erlebt hat, wird er wissen, dass der Ertragswert sehr relevant für den Wert ist. Den effektiven Wert der Unternehmung erfährt man erst, wenn man einen Käufer gefunden hat. Wenn man einen Bewerter ansetzt, erhält man eine Meinung, bei fünf Bewertern erhält man fünf Meinungen. Ich selber habe viel mit Nachfolgeregelungen zu tun. Deshalb bin ich der Ansicht, dass einen Papiertiger zu produzieren nichts bringen würde. Man könnte die Beteiligung abtosen. In diesem Fall müsste man einen Käufer suchen, dann würden wir auch wissen, was die Unternehmung wert ist. Alles andere ist eine Beschäftigung der Verwaltung. Da wir nicht gerne wiederkäuen, folgen wir dem Stadtrat und sind der Meinung, das Postulat nicht zu überweisen.

### **Selena Rhinisperger**

Die SP-Fraktion wird das Postulat Gian von Planta grossmehrheitlich nicht überweisen.

Selbstverständlich sind die meisten von uns der festen Überzeugung, dass eine Beteiligung der Stadt Baden am Casino nicht angebracht ist, und die Aktien verkauft werden sollten.

Der Einwohnerrat hat im März 2018 die Eigentümerstrategie der Stadtcasino AG sowie das Postulat Markus Widmer dazu behandelt. Wir waren damals mit unseren Ansichten, bzw. mit den daraus zu ziehenden Konsequenzen deutlich in der Minderheit. Jetzt noch einmal eine Prüfung der Situation vorzunehmen, die uns nicht wirklich mehr Informationen beschern würde, scheint uns nicht zielführend.

Der Verkauf des Aktienanteils der Stadt Baden bleibt aber längerfristig ein Anliegen von uns.

## **Markus Schneider, Stadtmann**

Ich bedanke mich für die unterschiedlichen Voten. Es ist schwierig, etwas dazu zu sagen. Der Stadtrat hat sich von der Argumentation von Antonia Stutz leiten lassen oder von 50% des team baden. Grundsätzlich ist der Stadtrat für eine Nichtüberweisung. Man soll es dann prüfen, wenn man den Aktienanteil verkaufen will. Für ein konkretes Angebot und einen wirklichen Wert zu erhalten, muss man einen ernsthaften Käufer für das Aktienpaket haben. Wir haben unseren Organisationen gegenüber eine Verpflichtung, unsere PCG-Richtlinien einzuhalten, und alle vier Jahre zu prüfen. Wenn der Einwohnerrat zu einem anderen Schluss gelangt als letztes Mal, nämlich, wenn er uns den Auftrag erteilt, den Verkauf zu überprüfen, müssten wir den Auftrag entgegennehmen. Wir diskutieren heute nicht darüber, ob eine Beteiligung sinnvoll ist oder nicht. Wir haben schon letztes Jahr darüber Auskunft gegeben, dass es auch ein Finanzgeschäft ist. Wir bleiben bei dieser Haltung. Wir werden, gemäss Vorlage, im Jahr 2020 wieder über die Beteiligung diskutieren. Wir werden dann sehen, was das Resultat ist und je nachdem die entsprechende Prüfung vornehmen oder nicht.

## **Beschluss**

Das Postulat Gian von Planta vom 6. Mai 2019 betreffend Wert der Beteiligung an der Stadt-casino Baden AG wird nicht überwiesen.

## **9. Anfrage Mark Füllemann vom 9. Mai 2019 betreffend Personalreglement und Lohn-konzept**

### **Mark Füllemann**

Für meine Stellungnahme zur Antwort des Stadtrats muss ich zwei Wörter verwenden, die heute Abend schon verschiedentlich verwendet wurden: "Mangelnde Begeisterung". Im Klartext: Ich bin mit der Antwort überhaupt nicht zufrieden, und zwar aus vier Gründen:

1. Der erste Abschnitt betrifft das Personalreglement. Der Stadtrat Baden hat sich dort ein Beispiel am Bundesrat Ueli Maurer genommen mit dem Spruch "Keine Lust". Genauso ist die Antwort dahergekommen. Keine Lust zu beantworten. Wenn wir in einigen Jahren eventuell Zeit finden, werden wir vielleicht entscheiden, eine Evaluation durchzuführen. Wir haben das Personalreglement im September 2014 im Einwohnerrat genehmigt. Im § 2 gibt es acht personalpolitische Grundsätze. Der Stadtrat hätte schreiben können, wo wir bezüglich der Umsetzung der Grundsätze stehen. Ist das Reglement überhaupt nützlich für die Umsetzung dieser Grundsätze? Ich hätte mir gestern Abend vielleicht den Spass erlauben sollen und unsere Kaderleute fragen sollen, wie viele der acht Grundsätze sie kennen würden. Heute mache ich das nicht.
2. Löhne der Polizei: Es heisst, nur die Stadt Zürich sei eine Konkurrenz für uns. Diejenigen, die gekündigt haben, sind jedoch nicht nach Zürich. Sie sind nach Rohrdorfer Berg und nach Zurzach, weil in diesen beiden Regionen deutlich höhere Löhne gezahlt werden. Ist es richtig, den Vergleich lediglich mit anderen Städten und nicht mit anderen Regional-polizeien durchzuführen?
3. Lohnkonzept: Wir haben einen Verpflichtungskredit von CHF 235'000 für die Überarbei-tung und den externen Berater genehmigt. Der Stadtrat schreibt, dass die nötige Anpas-sung CHF 165'000 gekostet habe. Wir sind im unteren Promille-Bereich. Über die Anpas-sung nach unten lässt sich der Stadtrat nicht aus. Ich nehme an, dass es sich hier auch

um wenige Promille handelt. Um mit Shakespeare zu sprechen: "Viel Lärm um nichts.", resp. "Viel Geld um nichts". War das wirklich nötig? Es wird sicherlich nicht, wie bei Shakespeare, am Ende eine fröhliche Doppelhochzeit geben.

4. Schliesslich schreibt der Stadtrat bei den Fachabteilungs- und Projektleiterkarrieren: Mindestens das hätte es gebracht. Wie wir gestern gesehen haben bei Standortmarketing/ Standortförderung, hat es mehr Komplexität, mehr Titel gegeben. Wir sind auf dem Weg "österreichisch" zu werden. Wenn Sie in Österreich mit einem Ingenieur sprechen, müssen Sie immer unterscheiden, ob Sie ihn mit "Herr Ingenieur" (Fachhochschule) oder "Herr Diplomingenieur" ansprechen (Universität). Wir sind auf dem besten Weg, auch solche Finessen in unser Personalreglement und in unsere Struktur einzubauen. Ich bin nicht zufrieden und hätte mehr erwartet. Ich werde mir erlauben, nach gebührendem Zeitabstand, solche Fragen wieder zu stellen.

### **Markus Schneider, Stadttammann**

Mark Füllemann hat uns sehr konkrete Fragen gestellt, auf die wir geantwortet haben.

Wir wissen, dass es Polizeien gibt, die gezielt Leute z.B. mit besseren Löhnen abwerben. Wettingen, Brugg und Aarau sind nicht unbedingt nichtsagend. Wir wissen, dass wir uns dort im "Range" befinden. Wir finden es auch nicht gut, dass z.B. Zurzach Mitarbeitende von uns mit höheren Löhnen abgeworben hat.

Beim Lohnkonzept haben wir ausgewiesen, was wir gemacht haben. Wir sind überzeugt, dass wir mit dem eingeführten Lohnkonzept eine gute Basis haben. Wir weisen aus, welche Massnahmen wir umgesetzt haben, welche nicht. Darüber hinaus orientieren wir über die effektiven Kosten.

Selbstverständlich steht es Mark Füllemann frei, einen weiteren Vorstoss einzureichen. Wir werden dann dazu die entsprechenden Antworten liefern.

### **10. Anfrage Mark Füllemann vom 8. April 2019 betreffend Sauberkeit und Sicherheit im Kurpark (17/19)**

#### **Mark Füllemann**

Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort.

Sauberkeit:

Ich war erstaunt. Keine Woche nach Einreichen der Anfrage, wurde der kleine, sonst stets überfüllte, Abfalleimer neben dem Kinderspielplatz durch einen grossen "krähensicheren" Behälter ersetzt. Ich habe mich gefragt, wie das zustande gekommen ist. Man muss einen Ressortchef haben, der Unternehmer ist.

Lärm:

Die City Patrol hat etwas gebracht. Nicht nur ich als nächster Nachbar des Casinos, sondern auch alle unsere Nachbarn, fanden, dass der Lärmpegel deutlich gesunken sei. Es hat gewirkt.

Was ich noch anregen kann, ist die Beleuchtung. Zwischen dem Brunnen und dem Kinderspielplatz sollte es eine zusätzliche Lampe geben.

### **Matthias Gotter, Stadtrat**

Ich bedanke mich für die lobenden Worte. Wir haben bewiesen, dass wir schnell sein können. Vielen Dank für die positive Rückmeldung.

## **11. Anfrage Barbara Bircher vom 27. Mai 2019 betreffend Massnahmen Agglomerationsprogramm Aargau Ost 4. Generation; Antwort**

### **Barbara Bircher**

Ich träume seit Jahren von einer zusätzlichen kleinen Sonnenterrasse in der Ecke unseres Gartens, die am längsten von der Sonne beschienen wird. Da es aber eine grosse Investition sein würde und auch nicht unbedingt notwendig ist, habe ich darauf verzichtet. Würde mir aber jemand in Aussicht stellen, die Hälfte davon zu bezahlen, würde ich morgen den Zimmermann anrufen.

Die Stadt muss jetzt Massnahmen umsetzen, die nicht "nice to have", sondern gefordert werden und im Konzept bereits festgeschrieben sind. Sie sind unerlässlich für das sichere Vorwärtkommen in dieser Stadt. Dass das Agglomerationsprogramm nicht besser genutzt wird, ist mir ein Rätsel. Es macht mich wütend, zumal ich immer wieder hören muss, dass wir mit unserem Geld sorgfältig umgehen sollten. Mit dem "ja" des Schweizer Volks zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF im Jahr 2017 wurde klar, dass das Instrument für das Agglomerationsprogramm gesichert ist und dass die Agglomerationen und Gemeinden alle vier Jahre die Möglichkeit haben, beim Bund entsprechende Projekte zur Mitfinanzierung einzureichen. Das bedeutet, dass je nach Programm 30 bis 50% der Investitionskosten vom Bund übernommen würden. In unserer angespannten Finanzlage wäre es ein guter Zustupf. Damit wir aber zum Zeitpunkt der Einreichung die Programmprojekte vorlegen können, braucht es eine vorausschauende Planung. Im Hinblick auf die 4. Generation müssen sich die Gemeinden Gedanken machen, welche Massnahmen bereits 2024 bis 2027 und welche erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden könnten.

Aufgrund der Antwort des Stadtrats müssen wir davon ausgehen, dass die Stadt Baden sich keine Gedanken darüber gemacht hat. Die Stadt würde zwei Projekte für dieses Agglomerationsprogramm einreichen, nämlich Gleisweg Ost und die Umsetzung der Massnahme aus dem noch zu erstellenden Velokonzept. In der Antwort steht, dass das Velokonzept erst im Jahr 2021 erarbeitet werden soll. Wie soll das gehen, wenn die Eingabe bereits bis Ende Jahr eingereicht werden soll?

Es macht mich noch wütender, dass lediglich nur zwei Eingaben für das Agglomerationsprogramm 4. Generation bestehen. Mit dem Kommunalen Gesamtplan Verkehr KGV aus dem Jahr 2012 und dem Fusswegkonzept von 2007 hätte man eine ganze Reihe von Massnahmen einreichen können. Die Chancen wären gut gewesen, Gelder vom Bund zu erhalten.

Es betrifft z.B. mich selber als Mutter oder, wenn ich mit dem Veloanhänger unterwegs bin. Man hätte eine Trottoirverbreiterung an der Oberstadtstrasse und an der Mellingerstrasse bis zum Bahnhof, einen Witterungsschutz an verschiedenen Bushaltestellen – wenn möglich mit Veloabstellplätzen – und eine Aufwertung des Strassenraums Haselstrasse inkl. der Verbindung Brown-Boveri-Platz machen können. Den Zugang zur Mellingerstrasse hätte man auch verbes-

sern können. Man hätte zusätzliche Veloabstellplätze in der Altstadt oder die Erweiterung der Tempo-30- und der Begegnungszone eingeben können.

Fazit der SP:

Wir bedauern ausserordentlich, dass die Stadt Baden sich die Gelegenheit entgehen lässt, notwendige Investitionen vom Bund mitfinanzieren zu lassen. Wir bedauern, dass in Baden offensichtlich keine strategische Verkehrsplanung gemacht wird. Wir bedauern noch mehr, dass Baden gute Konzepte erarbeiten lässt, diese aber danach in der Schublade verschwinden.

Die ersten Wunschzettel für Weihnachten bei uns zuhause sind bereits geschrieben. Mit einer geschickten und ultraschnellen Planung wäre es vielleicht immer noch möglich, die Umgestaltung des Brown-Boveri-Platzes mit der dringend notwendigen Veloplarkierung oder die Veloparkierungsanlage am Bahnhof vom Bund mitfinanzieren zu lassen. Wir sind gespannt. Wer weiss, vielleicht werden ein paar Wünsche an Weihnachten erfüllt.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Der Prozess startet – wie in der Vorlage beschrieben – mit der ersten Veranstaltung, dem Zukunftsbild, am 19. November. Die Eingaben müssen von den Gemeinden bis Frühling 2020 eingereicht werden. Die Fachabteilung Entwicklungsplanung prüft weitere Eingaben. Wir haben jedoch noch keine Angaben vom Kanton. Das werden wir koordinieren müssen. Der aktuelle Stand der Liste der Eingaben ist nicht abschliessend. An der Veloparkierung am Bahnhof arbeiten wir. Wir wollen mit der Umsetzung nicht bis 2024 warten. Wir müssen allerdings wahrscheinlich vorher Massnahmen ergreifen, welche wir anders finanzieren müssen, weil sie nicht im Agglomerationsprogramm 2 oder 3 eingegeben wurden. Wir haben die Hinweise zur Kenntnis genommen. Wir werden sie einfliessen lassen.

### **Sander Mallien**

Ich möchte Diskussion beantragen.

### **Karin Bächli**

Die Diskussion braucht eine einfache Mehrheit.

### **Beschluss**

Grossmehrheitliche Zustimmung.

### **Corinne Schmidlin De Min**

Es ist uns beim Lesen der Antwort ähnlich wie Barbara Bircher ergangen. Markus Schneider hat gewisse Aussagen relativiert. Ich möchte im Folgenden unsere Sicht der Dinge darlegen.

Bei den Projekten in Baden besteht viel Luft nach oben. Für was steht das Agglomerationsprogramm 4. Generation? Es steht für Massnahmen beim Fuss- und Veloverkehr, für die Erhöhung der Verkehrssicherheit, v.a. bei Tempo-30- oder Begegnungszonen, aber auch allgemein

für die Verbesserung der Siedlungsqualität. Es ist ein breites Feld mit vielen möglichen Projekten. Wir waren erstaunt, dass bis jetzt nur die beiden vorliegenden Ideen aufgelistet wurden. Auch uns ist nicht klar, wie das mit dem Velokonzept funktionieren soll. Wir haben es so verstanden, dass man die provisorischen Massnahmen bis Ende Jahr eingeben oder ankündigen muss. Die Ausarbeitung soll bis im Frühling 2020 erfolgen.

Im Agglomerationsprogramm 1 bis 3 hat es viele Projekte, welche nicht umgesetzt worden sind, weil sie zu umfangreich sind. Wir wünschen uns, dass auch kleine Projekte, welche die Stadt Baden in Eigenregie durchführen könnte, geprüft werden. Barbara Bircher hat einige Projekte erwähnt. Man könnte auch die Umgestaltung des Theaterplatzes miteinbeziehen oder vielleicht den Trafo-Platz, der aus Kostengründen zurückgestellt wurde, oder eine bessere Gestaltung der Tempo-30- und Begegnungszonen usw. Man muss nichts Neues erfinden, wir haben genügend Grundlagen. Wir sollten die Chance ergreifen und das Programm optimal nutzen.

## **12. Dringliches Postulat Daniel Glanzmann betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse (46/19); Antrag auf Überweisung**

### **Karin Bächli**

Es findet nun die Diskussion betreffend Überweisung/Nichtüberweisung des dringlichen Postulats Daniel Glanzmann betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse statt.

### **Daniel Glanzmann**

Es wäre selbstverständlich übertrieben, die Begegnungszone, im Gegensatz zu Kantons- oder Gemeindestrassen, als rechtsfreien Raum zu bezeichnen. Es gibt jedoch Verkehrsteilnehmende, die sich in diesen Zonen (z.B. die Weite Gasse) rücksichtslos benehmen. Es gab – nach einem Artikel im Badener Tagblatt – Reaktionen von Velo-Lobbyisten. Ich habe auch entsprechende Briefe erhalten und mich gefragt, was die nächste Stufe sein wird. Es wurde ein Vergleich mit dem motorisierten Individualverkehr angestellt. Ich finde, dass Kantons- und Gemeindestrasse strengsten Verkehrsregeln unterliegen, z.B. Signalisationen. Wir wissen alle, auf welcher Seite wir fahren müssen. In einer Begegnungszone setzt man nicht auf strenge Regeln, sondern auf Rücksichtnahme. Ich habe als Vorstandsmitglied der city com von vielen Seiten gehört, dass dieses Problem in der Weiten Gasse nicht gut gelöst sei. Ich habe ausgerechnet, dass wenn man mit Tempo 20 durch die Weite Gasse fährt, man 29 Sekunden braucht, mit 10 km/h das Doppelte, nämlich 58 Sekunden. Man sollte in der Weiten Gasse nicht Gas geben. Ältere Leute und bewegungsfreundliche Kinder sind besonders gefährdet.

Ich habe gestern bei der Velostation die Bremse gelöst. Bei der Einfahrt Parkgarage Gstühl bin ich bereits mit einer Geschwindigkeit von 30 km/h gefahren. Ich bin der Meinung, dass man in dieser Zone den Veloverkehr verlangsamen sollte. Es braucht aber keine Bussen oder polizeiliche Kontrollen. Mit einem Plakat "Freiwillig 10 km/h. Herzlichen Dank" ginge es auch. Als Autofahrer kenne ich es: Seit der Bus, wenn ich ihm die Vorfahrt gewähre, "Danke" sagt, bin ich nicht mehr gestresst. Mit positiven Signalen kann man etwas bewirken. Beim TCS gibt es einen Geschwindigkeitsmesser. Es erscheint ein "lächelnder Smiley", wenn man unter 30 km/h fährt und ein "trauriger Smiley", wenn man die Geschwindigkeit übertritt. Ich war nie der Ansicht, es brauche einen Nagelteppich und Polizeigewalt.



Mit diesem Postulat ersuche ich den Stadtrat, Massnahmen für die ganze Distanz von der Velostation bis zur Cordula-Passage zu ergreifen.

### **Benjamin Steiner**

Der MIV stösst an seine Grenzen. Fuss- und Veloverkehr werden immer wichtiger. Das sieht man allein schon daran, dass das, was man vor kurzem noch als "Langsamverkehr" belächelt hatte, heute offenbar nicht mehr langsam genug ist.

Es ist wahr: Längst nicht nur in der Weiten Gasse, sondern in der gesamten Innenstadt und bis in die Quartiere hinein konkurrieren die Velofahrenden und die Fussgängerinnen und Fussgänger um den knappen Platz, den man ihnen neben den breiten Autostrassen lässt. Konflikt und Gefahrensituationen sind eine logische Folge.

Daniel Glanzmann spricht deshalb mit seinem Postulat einen wunden Punkt an. Wir danken dafür und unterstützen das Postulat. Mit der Forderung, die Begegnungszone in der Weiten Gasse sofort besser zu markieren, sind wir einverstanden. Uns gefällt auch die Idee, gleich die ganze Strecke von der Cordulapassage bis zur Velostation unter die Lupe zu nehmen. Noch besser wäre es, gleich die gesamte Innenstadt zu überprüfen oder ein Velokonzept zu erstellen. Das ginge wahrscheinlich ein bisschen zu weit.

Daniel Glanzmann hat in seinem Postulat gleich ein paar Ideen mitgeliefert, wie die Situation verbessert werden könnte. Diese Vorschläge finden wir nicht so gut. Sie sind ein klassisches Beispiel für den sogenannten "SVB-Ansatz: Sanktionieren, Verbieten, Bestrafen. Diese Massnahmen – insbesondere ein Veloverbot – halten wir für komplett ungeeignet, um das erklärte Ziel des Postulanten zu erreichen.

1. Das Velo ist Zukunft. Es lässt sich aus der Stadt nicht wegverbieten. Eine Lösung ohne Velo ist keine Lösung.
2. Ein Blick in die Unfallstatistik zeigt, dass sich auf dem knapp 600 m langen Streckenabschnitt zwischen Schulhausplatz und unterem Bahnhofplatz – also Weite Gasse und Badstrasse – in den letzten neun Jahren insgesamt vier Unfälle mit Velobeteiligung ereigneten. Alle haben sich in der Badstrasse ereignet, welche für Velofahrende gesperrt ist.

Ich fasse zusammen: Das Postulat finden wir gut und richtig, die Massnahmen jedoch nicht. Wir stimmen der Überweisung zu, weil es ein Prüfungsantrag ist. Wir möchten noch lobend erwähnen, dass der Stadtrat in letzter Zeit wiederholt bewiesen hat, dass er durchaus auch kreative Ideen auf Lager hat. Beispielsweise die blauen Herzen in der Unterführung des Schulhausplatzes oder die mittlerweile halbseitig beschränkte Öffnung der Unterführung für Velos beim Torre.

### **Michael Staubli**

Mir geht es ähnlich wie Daniel Glanzmann. Ich halte mein Votum für jemand anders, der heute leider verhindert ist.

Die Weite Gasse stellt für viele Pendler eine direkte Verbindung zum Bahnhof Baden dar. Von der Hochbrücke her, aus dem Quartier Limmat rechts und von Wettingen, von der Neuenhoferstrasse und von der Zürcherstrasse aus, vom Chrüzliberg-Quartier und von Neuenhof, von der Mellingerstrasse her, vom Quartier Meierhof und den Dörfern Dättwil und Rütihof, von Fislisbach und dem Heitersberg, überall her kommen die Velos durch die Weite Gasse zum Bahnhof. Um

die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen, wird die Weite Gasse befahren. Es kommt noch dazu, dass nationale Velorouten durch die Weite Gasse führen, z.B. die Mittelland-Route – von Romanshorn nach Lausanne und der alte Bernerweg von Estavayer-Le-Lac nach Baden, führen durch die Weite Gasse. Ein Fahrverbot für Velos durch die Weite Gasse würde Velofahrende dazu bewegen, vermehrt durch die Mittlere Gasse zu fahren. Es hat dort allerdings eine Infrastruktur für eine Handvoll Velofahrende, und Konflikte mit Fussgängerinnen und Fussgängern wären vorprogrammiert. Aus diesen Gründen lehnen wir ein Fahrverbot für Velofahrende strikt ab.

Die Benutzung von Velos sollte vor allem aus praktischen Aspekten unbedingt gefördert und keinesfalls verhindert werden. Das gilt insbesondere in Baden, wo der MIV zu einer immer grösseren Belastung für die Stadt und ihre Infrastruktur führt. In der Weiten Gasse ist es problematisch, wenn die Gestaltung des Strassenraums zu einem Durcheinander zwischen Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern motiviert, statt zu einem geleitenden Nebeneinander. Es ist bekannt, dass Fussgängerinnen und Fussgänger den Signaltafeln für Velofahrende zu wenig Beachtung schenken. Ihr Blick ist eher auf den Boden gerichtet. Steven Van Petegem hat in seinem Umfeld nachgefragt und festgestellt, dass die meisten nicht wissen, dass die Weite Gasse eigentlich eine Begegnungszone ist. Wir sind klar gegen restriktive Massnahmen, wie z.B. Tempo 10. Es gibt genügend andere Massnahmen, wie z.B. eine bessere Markierung. Wir denken dabei nicht nur an Piktogramme auf der Strasse oder an farbige Flächen z.B. in Einmündungsbereichen. Wir plädieren vor allem für gegenseitige Rücksichtnahme. Dabei sollten auch Fussgängerinnen und Fussgänger besser aufpassen. Ein weiterer Vorschlag wäre, im Frühling eine Sensibilisierungskampagne zu lancieren. Wir sind zuversichtlich, dass mit solchen Massnahmen Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger, die Weite Gasse auch in Zukunft ohne Gefahr nutzen können.

### **Fiona Hostettler**

Ich bin vor der Sitzung vom Bahnhof hierhergeeilt. Ich hatte einen langen anstrengenden Tag in einem Seminar. Es war dunkel und ein E-Velo hat mich fast überfahren. Es war auch meine Schuld, da ich nicht aufgepasst habe. Ich kann aber aufgrund dessen die Probleme nachvollziehen. Ich bin allerdings erstaunt, dass ausgerechnet Daniel Glanzmann von der SVP solche Vorschläge in seinem Postulat bringt. Das Gewerbe ist normalerweise auch nicht begeistert, beim Vorschlag, nicht mit dem Auto direkt vor den Läden fahren zu können. Wieso sollte es mit dem Velo anders sein. Ich bin deshalb froh, dass Daniel Glanzmann gesagt hast, es gäbe bessere Massnahmen als Verbote und Einschränkungen bei den Tempolimiten, um ein besseres Miteinander zu erreichen.

Die glp wird das Postulat überweisen, möchte dem Stadtrat jedoch beliebt machen, sich nicht auf restriktive Massnahmen zu fokussieren.

### **Sarah Wiederkehr**

Im Sommer war ich froh, einen Monat in Amsterdam arbeiten zu dürfen. Alle, die Amsterdam kennen, wissen, was es heisst, in einer Stadt unterwegs zu sein, wo man ständig von Velos torpediert wird. Es hat aber auch Vorteile, da man mit dem Velo so fahren kann, wie es einem gefällt. Ich habe mich dermassen daran gewöhnt, dass ich, wieder zurück in der Schweiz, auf der Strasse mit dem Velo fast überfahren wurde. Es wäre sinnvoll, eine Sensibilisierungskampagne zu starten. Das Wichtigste für die CVP wäre, alle Verkehrsmodalitäten gleich zu behandeln. Man sollte aufeinander Rücksicht nehmen. Wir sind nicht für Verbote, sondern – wie Fiona Hostettler

gesagt hat – für Anstösse und Hinweise. Bei den blauen Herzen am Boden scheiden sich bei uns die Geister. Es gibt jedoch sicherlich viele sinnvolle Vorschläge.

Wir bedanken uns bei Daniel Glanzmann, dass er in seinem Votum, seinen Vorstoss relativiert hat. Wir sind sicher, dass bei der Überprüfung gute Ideen entstehen.

### **Stefan Jaecklin**

Ich möchte Ihnen kurz in Erinnerung rufen, was eine Begegnungszone ist.

Ich lese: "Das Signal der Begegnungszone kennzeichnet Strassen in Wohn- und Geschäftsbereichen, auf denen die Fussgänger die ganze Verkehrsfläche benützen dürfen. Sie sind gegenüber den Fahrzeugführern vortrittsberechtigt, dürfen jedoch die Fahrzeuge nicht unnötig behindern." Aus meiner Sicht ist das gut geregelt. Ich weiss nicht genau, was wir dazu diskutieren. Es ist meiner Ansicht nach alles klar geregelt. Ich widerspreche meinen Vorrednern. Die Fussgängerinnen und Fussgänger haben Vortritt, so steht es. Wir müssen sicherstellen, dass die Regeln von den Radfahrenden und von allen anderen verstanden werden. Das Problem liegt meines Erachtens daran, dass das den Verkehrsteilnehmenden nicht bewusst ist. Wenn ich ehrlich bin, habe ich das auch erst bei mehrmaligem Durchlesen verstanden. Meines Erachtens muss man keine Verbote erlassen. Man muss die vorhandenen Regeln lediglich durchsetzen.

### **Daniel Glanzmann**

Bezüglich Verbote: In meinem Postulat hat es genau drei Zeilen: "Um durch den Bericht des Stadtrats zu diesem Postulat eine umfassende Beurteilung zu erhalten, ist im Weiteren zu prüfen, welche Vor- und Nachteile ein Fahrradfahrverbot für den Gewerbe-, Anwohner- und Passantenbereich hätte." Das Postulat heisst "Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse." Diejenigen, die mir unterstellen, ich wolle die Strasse sperren, haben wahrscheinlich nur die Schlagzeile in der Zeitung gelesen. Beim ersten Artikel in der Badener Zeitung hiess es nämlich, Daniel Glanzmann wolle die Weite Gasse sperren. Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Eine Woche später hat die Zeitung die Aussage relativiert.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wir haben gestern bei der Abstimmung zur Dringlichkeit schon erwähnt, man solle das Postulat überweisen, sodass wir es bis ca. im März 2020 prüfen können. Ich stelle heute Abend fest, dass wir die Hälfte der Antwort bereits gefunden haben. Man ist sich einig, dass es über Sensibilisierung und nicht über Sanktionen gehen müsste. Diese Stossrichtung haben wir sowohl von Daniel Glanzmann als auch von den anderen Fraktionen herausgehört.

### **Beschluss**

Das dringliche Postulat Daniel Glanzmann vom 27. September 2019 betreffend Verlangsamung des Fahrradverkehrs in der Weiten Gasse wird überwiesen.

## **Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Verabschiedung Peter Conrad:

14 Jahre lang hast du die Badener Politik im Einwohnerrat und in der Finanzkommission mitgeprägt. Du schreibst in deinem Rücktrittsschreiben, dass du es sehr genossen hast, im Einwohnerrat zu politisieren und das Leben in der Stadt Baden zu einem gewissen Mass mitzugestalten. Du schreibst weiter, dass du mit dem Mandat durchwegs schöne Erinnerungen, interessante Begegnungen und Erlebnisse verbindest. Dieses Fazit hat mich sehr gefreut. Wir haben auch in deinem letzten Votum und in deiner E-Mail an mich gespürt, dass der Rücktritt aus dem Einwohnerrat für dich emotional ist.

Während der Einwohnerratsdebatten war immer spürbar, dass es dir als Ur-Badener wichtig ist, wie sich Baden entwickelt, und welches Bild Baden nach aussen darstellt. Für mich hast du den typischen "Mitte-Politiker" symbolisiert. Du bist klar CVP und damit bürgerlich. Je nach Sachfrage hast du dir erlaubt, auch mal mit der linken Ratsseite zu stimmen. Du hast deine Meinung klar kundgetan im Einwohnerrat. Wie z.B. bei deinem Votum zum Lehrschwimmbecken im Schulhaus Pfaffechappe, bei dem deine Verbundenheit mit Baden, mit deiner Geschichte zum Ausdruck kam. Ich habe deine eigenständige Art zu politisieren immer sehr geschätzt. Ich wünsche dir alles Gute. Ich freue mich auf Begegnungen mit dir in der Stadt oder auf der Allmend und bedanke mich herzlich für dein Engagement im Einwohnerrat Baden.

## **Sarah Wiederkehr**

Ich dachte, Peter sei enttäuscht. Ich lag falsch. Karin und Barbara sind unsere 1 und 2. Unsere Nr. 1 jedoch bist du. Ich bedanke mich herzlich bei dir. Wir wissen alle, dass du ein breit interessierter Mensch bist. Du zeichnest dich durch deine Engagements aus, die du ausserhalb deines Berufs hast. Sie reichen vom Vorstand des Vereins TaBa und des Lions Club bis zur Mitgliedschaft in der Finanzkommission der Einwohner- und Ortsbürgergemeinde. Früher warst du auch Mitglied des Pfarreirats.

Du bist seit 2006 im Einwohnerrat und seit 2010 in der Finanzkommission. 2014/2015 warst du Präsident der Finanzkommission und 2015 bis 2018 Fraktionspräsident. So eine Historie ist zu würdigen. Deine pointierten Voten haben mir immer imponiert. Du hast eine "Formation professionelle". Ich wünschte, ich könnte auch einfach aufstehen und gezielt, die richtigen Worte finden.

Du hast drei Wünsche für die Stadt Baden, die du auf unserer Website geäussert hast:

1. Fusion mit umliegenden Gemeinden zu einer Regionalstadt
2. Alternative öffentliche Verkehrsmittel
3. Eine stärkere Orientierung Richtung Zürich – Greater Zurich Area

Wir werden weiterhin an diesen drei Zielen arbeiten. Die ganze Fraktion steht hinter diesen. Wir wissen, dass du fürs Leben gerne Ski fährst. Wir geben dir dazu etwas mit. Wir wünschen dir nicht nur "good night and good luck", sondern auch Hals- und Beinbruch und bedanken uns herzlich.

**Karin Bächli, Einwohnerratspräsidentin**

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Vielen Dank für die Diskussionen. Es hat sich gelohnt, einen zweiten Abend zu investieren.

Wir treffen uns am 10. Dezember für die nächste Einwohnerratssitzung. Aufgrund der Traktanden werden wir keine zweite Sitzung benötigen.

Am 11. Dezember können wir dann beschwingt das Weihnachtsessen geniessen.

Jetzt treffen wir uns noch zu einem Bier und zur Verabschiedung von Peter Conrad im Roten Turm.

Vielen Dank und einen guten Heimweg.

Sitzungsende: 22.55 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Karin Bächli  
Präsidentin



Heinz Kubli  
Protokollführer